
Berliner Debatte Initial

5

19. Jg. 2008

Neunzehnhundert-
achtundsechzig

Schmidt

1968 West und
1989 Ost

Misselwitz

Unerhörte
Freiheit

Ruben

DDR-Wirtschafts-
reformversuch

Lauermann

Nachlese

Utz, Sigmund

Zynismus

Neunzehnhundertachtundsechzig

– Zusammengestellt von Erhard Crome –

Editorial	2	REZENSIONEN UND BESPRECHUNGEN	
SCHWERPUNKT NEUNZEHNHUNDERTACHTUNDSECHZIG		<i>Raj Kollmorgen</i> Hannah Arendt: Drei Wege in ihr Denken	83
<i>Rudi Schmidt</i> 1968 West und 1989 Ost. Von den Mythen jüngster deutscher Umbrüche	3	Alma-Mira Demszky von der Hagen: Alltägliche Gesellschaft Rezensiert von <i>Margret Xyländer</i>	90
<i>Hans-J. Misselwitz</i> Unerhörte Freiheit. Anmerkungen zu 1968 und 1989 nach dem „Ende der Geschichte“	14	Amelie Kutter, Vera Trappmann (Hg.): Das Erbe des Beitritts Rezensiert von <i>Christian Bühler</i>	92
<i>Peter Ruben</i> Der DDR-Wirtschaftsreformversuch und das Jahr 1968	22	Forschungsverbund (Hg.): Blockierter Wandel? Rezensiert von <i>Frank Adler</i>	96
<i>Manfred Lauermann</i> 1968 – eine Nachlese 2008	31	Uwe Backes, Henrik Steglich (Hg.): Die NPD Rezensiert von <i>Ralf Altenhof</i>	100
* * *		Zygmunt Bauman: Flüchtige Moderne. Zwei Bücher, rezensiert von <i>Christian Kaiser</i>	103
<i>Richard Utz, Steffen Sigmund</i> Über Zynismus	41		
<i>Hilke Rebenstorf</i> Sozialmoralische Milieus im Wandel	51	Ehrhart Neubert, Thomas Auerbach: „Es kann anders werden“. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989 Rezensiert von <i>Heinz Mestrup</i>	105
<i>Emmanuel Joseph Sieyes</i> Antwort auf Thomas Paine.	65		
* * *		Birgit Dahlke: Jünglinge der Moderne Jugendkult und Männlichkeit in der Literatur um 1900 Annotiert von <i>Magnus Brechtken</i>	108
<i>Oliver W. Lembcke, Florian Weber</i> Die Monarchie als wahre Republik. Emmanuel Sieyes' Briefwechsel mit Thomas Paine	70		

Editorial

Verschiedene Autoren zu „1968“, auch die im Schwerpunkt dieses Heftes, verweisen auf Biografisches. Da erinnerte auch ich mich: Ich war damals 17 Jahre alt und lebte im „Osten“, in Berlin. Ich war an der „Erweiterten Oberschule“, die mit dem Abitur abschloss, und aktiv in der „Freien Deutschen Jugend“, der DDR-Jugendorganisation. Wir hatten mit Eifer die Nachrichten aus dem Westen verfolgt (in Berlin war „Westfernsehen“ normal), insbesondere die aus Frankreich: Daniel Cohn-Bendit als Aktivist der Studenten, die Barrikaden, Arbeiterproteste, Präsident de Gaulle bei den französischen Truppen in Westdeutschland, deren Kommandeur General Massu als Hauden gen galt. Am Ende blieb im Westen alles, wie es war.

In Prag der „Frühling“ mit Dubček und dem Projekt eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. An den Tagen, als die Panzer rollten, musste ich arbeiten. Ein Freund rief stündlich an und berichtete, was im Fernsehen mitgeteilt wurde. Wir waren froh, dass von NVA-Panzern nicht die Rede war. Am Ende blieb auch im Osten alles, wie es war.

Nach der „Wende“ gab es für mich drei „68er“ Erlebnisse. Das erste war die Konferenz über „Prag 68“ Anfang der 1990er Jahre. Dort nahm Jiří Hajek teil, der legendäre Außenminister der ČSSR-Regierung. Er hatte auf Pressekonferenzen im Sommer 1968 englisch gestellte Fragen englisch beantwortet, russische auf Russisch und deutsche auf Deutsch. Ich hatte nie wieder einen Außenminister eines realsozialistischen Landes erlebt, der das konnte. Und auf der Konferenz redete Hajek noch immer davon, dass es 1968 um den Sozialismus gegangen war. Das war damals schon wieder gegen den Zeitgeist. Das zweite war eine Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung, zu der ich eingeladen wurde, weil Jochen Franzke und ich auf der DDR-Forschertagung 1991 einen

Beitrag über die zu erwartende „Transformation“ gehalten hatten, der etwas skeptischer war als die damalige offizielle Lesart (*Berliner Debatte Initial, Heft 6/1991*). Der Mann von der Stiftung, nur wenig älter als ich, erklärte, weshalb er diese kritische Sicht eingeladen hatte, mit dem Satz: „Wir sind doch alle 68er.“ Das verwirrte mich etwas; jedenfalls hatte ich bis dahin nicht gedacht, einen „68er“ bei der CDU zu finden. Das dritte war eine linke Diskussion zur Perspektive des Sozialismus „nach seinem Verschwinden“ Ende der 1990er Jahre. Ich traf u.a. einen aus Westdeutschland stammenden „68er“, der stolz auf seine Professur an einer ostdeutschen Universität verwies; die ostdeutschen Sozialwissenschaftler, die „so wieso nichts konnten“, hatte er dort vertreiben geholfen. Dieser Westlinke war mir ebenfalls suspekt. Insofern bleibt „68“ aus ostdeutscher Sicht ambivalent.

Im Frühjahr bot uns *Rudi Schmidt* seinen Text zu 68 an, der den Bogen zu 89 spannt und die Frage diskutiert, weshalb die westdeutsche Teilgesellschaft 68 feiert, aber kein Verhältnis zu 89 findet. Diesen Text haben wir *Hans Misselwitz* gegeben, der – nun wirklich der Opposition in der DDR vor 89 zugehörig – den Bogen von 68 gerade zu 89 spannt, wo es ursprünglich um einen „demokratischen Sozialismus“ ging, nicht um den Nachbau West. *Peter Ruben* stellt 68 in den Zyklus der „Langen Wellen“ und erklärt plausibel, weshalb die System-Reformen in der DDR im Sande verlaufen mussten. *Manfred Lauermann* zeigt die Verästelungen des letzten Jahrhundertdrittels und kommt zu dem von D. C. North gestellten Problem, dass Gesellschaften scheiterten, weil sie die Welt, die sie schufen, nicht mehr verstanden. Gilt das nur für 68, für das Ende des Realsozialismus 89, oder auch für uns heute?

Erhard Crome

Raj Kollmorgen
 Hannah Arendt:
 Drei Wege in ihr Denken

Hannah Arendts Denken erfährt seit den späten 1980er Jahren weltweit neue Beachtung. 2006, das Jahr ihres einhundertsten Geburtstages, war Anlass für eine Reihe neuer (werk-)biografischer Versuche oder Neuauflagen. Die folgende Besprechung beginnt mit der kürzlich von Kurt Sontheimer vorgelegten Biografie und erkundet dann die alternativen Annäherungs- bzw. Interpretationsversuche von Seyla Benhabib und Karl-Heinz Breier.

Der Weg einer großen Denkerin
 (Kurt Sontheimer)

Wie Kurt Sontheimer, im Frühjahr 2005 verstorbener Münchner Politikwissenschaftler, im Vorwort seiner Biografie formuliert, hat sich „dieses Buch [...] zum Ziel gesetzt, den Leser mit der außerordentlichen Persönlichkeit der Hannah Arendt und dem Weg ihres Denkens vertraut zu machen“ (14, Hardcoverausg.), wobei er sich „auf das Wesentliche konzentrieren und dieses so verständlich wie möglich darbieten“ möchte (ebd.). Das Buch gliedert sich in sechs Teile; ein Anhang mit Auswahlbibliografie, Zeittafel und Register rundet den Band ab.

Nachdem Sontheimer im ersten Teil Herkunft, wichtige Lebensstationen und grundlegende Denk- und Lebensorientierungen Hannah Arendts skizziert hat (21-68), widmet er sich im zweiten, umfassendsten Teil der Denkbiografie (69-132). Deren Erkundung setzt mit dem Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ (1951) ein. Die Passagen zu Motivlagen, Inhalt, zentralen Analyseperspek-

tiven sowie entscheidenden Erklärungsthesen sind leicht fasslich geschrieben und erlauben auch dem unvertrauten Leser einen gehaltvollen Nachvollzug. Das gilt nicht zuletzt für den von Sontheimer zu Recht breiter behandelten dritten Teil, der sich mit der „totalen Herrschaft“ beschäftigt und die Konzentrationslager als „Idealtypus“ und „Modell“ herausstellt.¹

Anschließend führt Sontheimer in Arendts Begriff des Politischen ein, indem er auf die posthum veröffentlichten Manuskripte „Was ist Politik?“ (2003) zurückgreift, ihre Maxime: „Der Sinn von Politik ist Freiheit“ (97) vorstellt und diese vor dem Hintergrund der Totalitarismuserfahrung historisch-politisch einordnet und behutsam erläutert. Analog verfährt der Autor im Unterkapitel „Vom tätigen Leben“, das sich mit dem gleichnamigen Werk Arendts (1958) beschäftigt. Sontheimer, der zunächst mehrfach die Komplexität ihrer politischen Theorie hervorhebt (z.B. 107), versucht eine knapp dreiseitige Zusammenfassung, die sich freilich auf die Nennung und Kurzerläuterung der drei von Arendt unterschiedenen basalen Tätigkeitsweisen des Menschen – Arbeiten, Herstellen und Handeln – beschränken muss (108ff.). In der Auseinandersetzung mit dem „Ideal der Revolution“ (vgl. Arendt 1963) konzentriert sich Sontheimer auf die Herausarbeitung der Differenz zwischen sozialer und politischer Revolution. Er verweist hier auf den für Arendt paradigmatischen Fall der Amerikanischen Revolution mit seinem gewaltfreien Neubeginn einer republikanisch-demokratischen Ordnung, die die „soziale Frage“ ausklammern konnte und im Kern auf freiwilliger politischer Assoziierung ruht. Freilich ist diese Ordnung

seither immer stärker von „Besitzindividualismus“ und Bürokratisierungstendenzen überwuchert worden, was unter anderem – so Sontheimer – Arendts Sympathien für die ursprüngliche Rätebewegung in der Russischen Revolution und den Rätegedanken als Leitidee unmittelbar demokratischen Engagements für das Gemeinwohl plausibilisiert (116).

Im Schlussabschnitt des zweiten Teils („Denken ohne Geländer“) gelingt es Sontheimer, die politische Ungebundenheit Arendts zwischen den bekannten ideologischen Lagern der Nachkriegszeit (vom Liberalismus bis zum Kommunismus), ihr zum Teil provozierendes Bewegen zwischen den theoretischen Schulen und Ansätzen und ihren inter-disziplinären Zugang zwischen Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaft plastisch darzustellen. Allerdings gerät diese Charakterisierung an den Rand einer Karikatur, wenn Sontheimer feststellt, dass ihr Denken „vorläufigen Charakter“ trug und „systematisches Denken nicht ihre Sache“ war (122, 124). Dies gilt umso mehr, als er zuvor von ihrem „neuartigen theoretischen Ansatz“ oder der „Vita Activa“ (1958) als „große[r] theoretische[r] Abhandlung“ gesprochen hatte (123, 105). So bleibt Sontheimer nur die Formulierung eines Paradoxons, das er selbst offenbar gar nicht registrierte: „In der Tat ist Hannah Arendts theoretisches Werk, so viele Schwächen, Lücken und Unklarheiten es haben mag, ein großer Wurf“ (125, vgl. 268). Man reibt sich die Augen.

Sontheimer wechselt im dritten Teil die Perspektive und thematisiert das Wirken Arendts als politische Essayistin (133-180). Er hebt ihre Diskussion deutscher Affinitäten zum Totalitarismus und deutscher Kollektivschuld (wobei sie beide Behauptungen ablehnte) sowie die Auseinandersetzungen um den restaurativen Charakter der Bonner Republik hervor. Dass Arendt in der Einschätzung der letzteren in vielen Aspekten fehlte, wie Sontheimer anmerkt (146, 150), verdankt sich aber weniger ihrem „subjektiven“ Blick (144) denn ihren Weimarer Erfahrungen und ihrem Denken in offenen Alternativen des Geschichtsprozesses – das Sontheimer mehrfach anschnidet oder explizit würdigt (z.B. 77, 85, 97f., 140, 161f.).

Hinsichtlich der politischen Schriften über

Amerika konzentriert sich Sontheimer zum einen auf das Problem des „zivilen Ungehorsams“, wobei er Arendts Position anschaulich zu erläutern versteht. Tatsächlich erblickte Arendt in problemorientiertem und assoziativ organisiertem Ungehorsam (etwa in der Antikriegsbewegung der frühen 1970er Jahre) ein wichtiges Moment (der Weiterentwicklung) ziviler Gesellschaftlichkeit, für dessen Institutionalisierung sie vehement eintrat. Warum Sontheimer meint, dass „das Thema in dieser Weise nicht mehr aktuell ist“ und insofern „überholt“ erscheint (158), erschließt sich mir angesichts all der jüngsten Debatten um Zivilgesellschaft und neue Widerstandsformen zwischen Greenpeace, Attac und den G8-Gipfeln allerdings nicht. Zum anderen stellt Sontheimer Arendts kritische Diskussion der so genannten „Pentagon Papers“ zum Vietnamkrieg vor (veröffentlicht 1971), in der sie auf zwei neue Spielarten des „Lügens in der Politik“ hinweist: einmal deren Verquickung mit *public relations* bzw. Werbung, zum anderen die Indienstnahme und zugleich zunehmende Abhängigkeit von „Denkfabriken“, also Expertokratien in politischen Bewertungs- und Entscheidungsprozessen.

Im vierten Teil „Die Eichmann-Kontroverse“ geht Sontheimer zunächst länger auf das „jüdische Bewusstsein“ Arendts ein, wobei er dessen Entstehung und Wandel in und nach der nationalsozialistischen Zeit beschreibt, einschließlich ihrer kritischen Position zum zionistischen Nationalismus. Erst dann befasst er sich direkt mit dem Eichmann-Prozess, Arendts „Berichterstattung“ (1963) und der heftigen öffentlichen Debatte darüber. Zwar vermag es Sontheimer in diesem Abschnitt, die zeitgeschichtliche Atmosphäre und Brisanz zu vermitteln und einen knappen Überblick zu den temperierten Urteilen der Gegenwart zu liefern. Die Darstellung und Problematisierung der drei entscheidenden Streitpunkte – das „Banale“ des nationalsozialistischen „Bösen“ in der exemplarischen Gestalt Adolf Eichmanns, die Beurteilung der aktiven Rolle der „Judenräte“ im Vernichtungsprozess sowie Gehalt und Gefahren des *Ahabath Israel*, der gleichsam natürlichen jüdischen Liebe zum Volk Israel – sind mir jedoch, auch angesichts der aktuellen

Bedeutung von Täter-Opfer-Beziehungen und Identitätspolitik, etwas zu kurz geraten.

Die beiden letzten Teile der Biografie bieten neben der Kurzbeschreibung wichtiger Lieben und Freundschaften den Versuch, mit vier „Markierungen“ das intellektuelle und politisch-biografische „Vermächtnis“ zu formulieren: Erstens zentriert Sontheimer Arendts Leitmotiv des „Verstehen-wollens“: „Verstehen heißt, unvoreingenommen und aufmerksam der Wirklichkeit, wie immer sie ausschauen mag, ins Gesicht zu sehen und ihr zu widerstehen“ (252f.). Zweitens hebt er Arendts Gegenbegriff des politischen Handelns als „Freiheit und Freiheit schaffen[d]“ hervor. Politisches Handeln führt nach Arendt „unterschiedliche Menschen in einem öffentlichen Raum“ zusammen, in dem sie „zweckfrei und interessenunabhängig nach dem Gemeinwohl streben und spontan, dem Neuen gegenüber offen, agieren“ (256). Drittens thematisiert er Arendts Konzept des „Rechts, Rechte zu haben“, das in Reflexion der neuen Massenerscheinung von Flüchtlingen und Staatenlosen eine Reformulierung universaler Menschenrechte mit dem Fokus auf Schutz, Inklusion und politische Handlungsfähigkeit bezweckte (261-263). Viertens stellt er den „Eros der Freundschaft“ heraus (264f.).

Überblickt man den Inhalt der Biografie, ist erstens festzustellen, dass Sontheimer alle wesentlichen biografischen Momente und Forschungsgegenstände Arendts berücksichtigt. Zweitens spricht er im Untertitel seines Buches zu Recht vom „Weg einer großen Denkerin“. Tatsächlich verschränkt Sontheimer die biografischen *und* Denk-Wege Arendts inhaltlich und darstellerisch in hohem Maße. Drittens sei ausdrücklich hervorgehoben, dass er sein Ziel einer sich auf „das Wesentliche“ konzentrierenden und „verständlichen“ Darstellung zweifellos erreicht hat. Das Buch liest sich flüssig und verzichtet weitgehend auf geistes- bzw. sozialwissenschaftlichen „Fachjargon“; schwierige Termini werden sogar ins Deutsche übertragen.

Diese Anlage hat freilich ihren Preis, den Sontheimer durch eine Reihe eigentümlicher Interpretationen und Angewohnheiten zusätzlich in die Höhe treibt. Einige problematische Einschätzungen wurden bereits angesprochen.

Grundsätzlicher ist festzuhalten, dass Sontheimer Arendts Begriffe und Argumentationsfiguren vereinfacht. Solange klar bleibt, dass es sich um Vereinfachungen handelt, die sich dem Ziel einer auch für Laien erschließbaren Einführung verdanken, gibt es an diesem Vorgehen nichts auszusetzen. Es ist erforderlich und unvermeidlich. Ob alle Verknapptungen – wie etwa jene der Arendt'schen Handlungstheorie in *Vita Activa* – so radikal ausfallen müssen, bleibt dagegen fraglich. Wirklich problematisch wird es aber, wenn Sontheimer Arendts Schriften zunächst als „kompliziert“ oder als „keine leichte oder gar einfache Lektüre“ vorstellt (103, 105, 122, 250 etc.), vielen heutigen Interpretationen eher weitere „Verwirrung als Erhellung“ vorwirft (z.B. 122, 250), dann aber den Eindruck erweckt, seine Darstellung würde den Kern freilegen, das „Wesentliche“ aufdecken, mithin eine weitere Lektüre Arendt'scher Werke und der anwachsenden Sekundärliteratur erübrigen. Um es deutlich zu sagen: Das Gegenteil ist der Fall. Sontheimers Kurzdarstellungen simplifizieren und spitzen zu; in einigen Fällen sind sie selbst begrifflich zweifelhaft. In jedem Fall repräsentieren sie nur *eine* Lesart und einen, wenngleich oft guten Einstieg.

Ihrer gesamten Orientierung und Darbietungsweise nach neigt diese Einführung zu einer Unterschätzung der theoretischen Aspekte und zu einer Aufwertung des historisch-politischen, darunter essayistischen bzw. journalistischen Schaffens. Die Absicht, Arendt „wieder etwas bodenständiger erscheinen zu lassen, d.h. sie *unmittelbar* aus ihrem Leben und der Entfaltung ihres Denkens heraus zu verstehen“ (14, meine Hervorh.) stellt daher nicht nur ein inhaltliches Paradox dar – Verstehen bedeutet in vielfacher Hinsicht immer *Mittelbarkeit* –; sie muss auch ihr „Denken“ insofern verfehlen, da sich dieses gerade nicht als schlicht „bodenständiges“ begreifen lässt. Ein solcher Versuch führt vielmehr zu einem mindestens partiellen Unverständnis, von dem Sontheimer mit kritischen Bemerkungen mehrfach Zeugnis ablegt. Da ist die Rede von deutlichen „Schwächen“ (85), einem „ständigem Nebeneinander von Wissen und Spekulation“ (86) oder einem fragwürdigen „Umgang mit historischen Fakten“ (113). Übergreifend spricht Sontheimer

gar von „Lücken und Unklarheiten“ in ihrem Denken. Selbstverständlich kann Arendts Werk – auch fundamental – kritisiert werden. Aber Sontheimers Blick vom „Bodenständigen“ ihrer Biografie und den historisch-politischen Arbeiten her verfehlt nicht nur die aristotelischen und existenzphilosophischen Herkünfte des Arendt'schen Denkens, sondern auch deren Sedimentierungen in politisch-philosophischen Perspektiven und theoretischen Gehalten – die dann selbst nicht zum Gegenstand einer kritischen Auseinandersetzung werden können.

Zwei weitere Mängel seien erwähnt: Zum einen ist Sontheimers Drang zu kritisieren, gänzlich überflüssige Hinweise und Kommentare einzubringen, die den Lesefluss stören und bei denen man wieder und wieder nach dem Sinn fragt. Was hat in einem solchen Buch die Diskussion editorischer Notizen zur deutschen Ausgabe (69, vgl. 95) oder die Feststellung eines Werkes von „782 eng bedruckten Seiten mit vielen Fußnoten“ (70; vgl. ähnlich 76, 103) zu suchen? Soll das abschrecken oder Sontheimers eigene Leistung der Aufbereitung und Übersetzung Arendt'schen Denkens aufwerten? Zum anderen fällt eine Reihe von Redundanzen auf, zum Beispiel in der Diskussion von Anlage und Methodologie der Totalismusanalyse (70f., 72f., 76f.) oder in der Erörterung ihres „jüdischen Bewusstseins“ und der Beschäftigung mit Rahel Varnhagen (Kapitel 1, 35ff., 186ff.).

Indes handelt es sich bei den vorgetragenen Kritiken, insbesondere bei der ersten grundsätzlichen, um Aspekte und Probleme, die an Gewicht einbüßen, wenn der Charakter des Buches als expliziter *Einführungstext* in Leben und Werk Arendts erinnert wird. Dass das biografische Moment so stark ist, dürfte den Einstieg befördern. Auch das Eingehen auf die zeitgeschichtlichen und journalistischen Arbeiten oder viele der inhaltlichen Redundanzen haben eine didaktische Bedeutung, die nicht unterschlagen werden soll. Sontheimers Biografie, die klassischen Interpretationspfaden folgt, empfiehlt sich mithin als Ersteinführung für all jene LeserInnen, die sich bisher wenig oder gar nicht mit Hannah Arendt befasst haben und akademisch wenig(er) vorgebildet sind.

Hannah Arendt zur Einführung (Karl-Heinz Breier)

Unter anderen Einführungen springt einem rasch die von Karl-Heinz Breier ins Auge, die mittlerweile in der dritten Auflage vorliegt. Sie verzichtet auf biografische Annäherungen. Aber nicht allein dadurch unterscheidet sich Breiers Versuch von jenem Sontheimers. Drei Orientierungen sind hervorzuheben: Erstens, Breiers Einsatzpunkt ist nicht der historische Totalitarismus, sondern die gegenwärtige Erfahrung konsumistischer Arbeitsgesellschaften des Westens. Das wird nicht nur in den ersten beiden Kapiteln, sondern vor allem durch das dritte Kapitel „Konsum, ergo sum“ deutlich. Andererseits negiert Breier keineswegs die dauerhafte Totalitarismusdrohung, wie sie für Arendt modernen Massengesellschaften eigen ist. Vielmehr problematisiert er zu Recht den doppelten Krisenhorizont Arendts, der ihre politische Theorie bestimmte: „*die Politik der Vernichtung und die Vernichtung der Politik*“ (19). Insofern, zweitens, verdichtet Breier Arendts Problemperspektive zur modernen Krise des Politischen oder: zur politischen Krise der Moderne (Kap. 3, 4, 6, 7). Arendt setzt dieser ihre an der griechischen Polis geschulte Konzeption eines selbstbezogenen öffentlichen politischen Handelns plural verfasster und rechtlich (ab-)gesicherter Bürger entgegen (vor allem Kap. 6, 7, 9). Diese Konzeptualisierung des Politischen und ihrer normativen Grundlagen ist aber, drittens, nur gehaltvoll zu erschließen, wenn Arendts politische Wissenschaft, die in ihr eingelagerte politische Handlungstheorie und deren historische Wurzeln freigelegt werden. Dies leistet Breier – im Unterschied zu Sontheimer – in verschiedenen Abschnitten der sechs letzten Kapitel (Kap. 4–9).

Letzteres leitet zum entscheidenden Schwachpunkt über. Obwohl Breier mit der doppelten modernen Infragestellung des originär Politischen schon zu Beginn einen roten Faden seiner Einführung spinnt, verliert er ihn in der weiteren „Auslegung“ immer wieder, verheddert sich in vielen Feldern und Details und erschwert so seine Verfolgung. Dennoch besticht diese Einführung durch die Komplexität und Tiefe ihrer Stoffentwicklung, die

sich in vielen Aspekten keineswegs auf eine einführende Behandlung beschränkt. Obwohl Breier immer nahe an den Texten argumentiert, bewegt sich eine ganze Reihe von Problematisierungen, vor allem zur konsumistischen Arbeitsgesellschaft oder zur demokratischen Bedeutung der *civil society*, auf der Höhe der Zeit. – Eine gelungene Einführung für den zweiten Schritt.

Die melancholische Denkerin der Moderne (Seyla Benhabib)

Das Buch Seyla Benhabibs „Hannah Arendt. Die melancholische Denkerin der Moderne“ ist im amerikanischen Original bereits 1996 erschienen. 1998 wurde eine deutsche Ausgabe bei Rotbuch publiziert, 2006 die hier herangezogene Taschenbuchausgabe bei Suhrkamp. Diese wurde gegenüber der deutschen Erstausgabe um ein aktualisierendes Vorwort und einen Anhang der Autorin („Das Persönliche ist nicht das Politische“, 343-360²) sowie ein Nachwort von Otto Kallscheuer (361-375) erweitert.

Benhabib legt mit ihrem Buch keine Einführung, sondern eine breit angelegte Studie der politischen Philosophie Arendts vor. Deren Einsatzpunkt – ein dritter gegenüber den beiden vorgenannten Publikationen – ist Arendts Biografie Rahel Varnhagens und mit ihr das Phänomen jüdischer Paria-Existenz und „Weltlosigkeit“ (Kap. I/II). Erst dann folgt – mit einem etwas deplatziert wirkenden Intermezzo zur Existenzphilosophie – die eingehende Beschäftigung mit dem Totalitarismusansatz. Nach Vorstellung und Ergründung der „Ontologie“, wie sie in „Vita Activa“ geformt wurde, folgt ein gesondertes Kapitel zur kritischen Diskussion der Ontologie und wichtiger historisch-politischer Theoreme. Das letzte Kapitel befasst sich mit Fragen des Spätwerks, insbesondere zur Konzeptualisierung des Urteilens, den normativen Grundlagen politischer Theorie sowie zum Problem der Öffentlichkeit und dem Verhältnis von Arendt und Habermas.

Inhalte und Raum, den die Kapitel vier bis sechs beanspruchen, sind bereits ein wichtiges Indiz für das thematische Zentrum der Analyse Benhabibs. Tatsächlich sind es weniger „klas-

sische“ Fragen des historischen Totalitarismus bzw. totalitaristischer Potenziale moderner Massengesellschaften (wie bei Sontheimer) oder die Gegenwartsdiagnose moderner Gesellschaften im Prisma des Arendt'schen Werkes (wie bei Breier). Vielmehr ist es Benhabib im Kern um die *Modernität* der politischen Philosophie Hannah Arendts zu tun. Auch deshalb ist der deutsche Titel „Die melancholische Denkerin der Moderne“ weniger treffend als das Original: „The Reluctant Modernism of Hannah Arendt“.

Hier ist nicht der Ort für eine intensivere Erörterung der interpretierenden Thesen Benhabibs zu dieser Grundannahme, die sich explizit gegen eine „reaktionäre“ oder „gegenmoderne“ Lesart richtet (II, 11 und passim). Doch Folgendes sei festgehalten: Erstens zeigen Benhabibs eigene kritische Untersuchungen wichtiger Schwachstellen (etwa zur Rolle der Arbeiterbewegung, Bedeutung der „sozialen Frage“ oder – wie man hinzufügen darf – von Kapitalismus und sozialen Klassen) sowie von unhaltbaren Dichotomien (zentral: Politisches vs. Gesellschaftliches, aber auch fixer „Verortungen“ von Arbeit, Herstellen, Handeln), dass Arendt in bestimmter Hinsicht nicht nur eine „widerwillig“ moderne Theoretikerin war, sondern mehr noch ihr Denken eine *halb(herzig)e* Modernität aufweist. Weder die Versuche Benhabibs, durch die Einführung dreier Analyseebenen für das Politische und Gesellschaftliche die Dichotomie gleichsam kleinzuschreiben (223ff.), noch das Bemühen, Arendts Nähe, ja partielle „Mutterschaft“ gegenüber Habermas' kritischer Theorieversion der sechziger Jahre (Differenz von Arbeit und Interaktion, Theorie der Öffentlichkeit) nachzuweisen (V-VII, 310ff.), können daran etwas ändern (vgl. Habermas 1987: 223-248; sowie Kallscheuers Nachwort). Arendts politische Theorie bleibt *sozialontologisch und normativ* Aristoteles und der griechischen Polis, darüber hinaus den klassischen Liberalen, Tocqueville und Montesquieu sowie der Existenzphilosophie Husserls, Jaspers' und vor allem Heideggers verpflichtet, ohne je bei einem der Genannten in Gänze stehenzubleiben.³ Vielmehr gelangen ihr gegenüber all diesen Strömungen – wie Benhabib zu zeigen vermag – wichtige neue

Akzentsetzungen und innovative Rekombinationen (z.B. zum Handlungs- und Macht- bzw. Gewaltbegriff, zur Konzeption des Politischen und der Öffentlichkeit). Gleichwohl, wenn sie auch nicht „melancholisch“, also schwermütig, auf die griechische Polis und mit Abstrichen auf die amerikanische Demokratie des frühen 19. Jahrhunderts blickte, so doch wehmütig.

Diese begrenzte Modernität Hannah Arendts bedeutet aber, zweitens, keineswegs nur Defizienz oder gar Irrelevanz. Mit einer der Antike und der frühen liberalen Moderne verpflichteten Philosophie auf das 20. Jahrhundert zu blicken, kann auch heißen, die Finger auf die Wunden politischer Modernität zu legen oder sogar grundlegender nach der (bleibenden) Modernität heutiger Gesellschaftsverfassungen zu fragen. Vergangenes ist nicht um seiner selbst willen bereits hoffnungslos vormodern. Kaum jemand hat so provozierend und zugleich konsequent in dieser politisch-theoretischen Perspektive gedacht wie Hannah Arendt. Und nur deshalb konnte sie und können wir heute die „Postdemokratien“ (Colin Crouch) des Westens mit ihren herrschafts- und steuerungszentrierten „Verbetrieblichungen“ erkennen und kritisieren, so wie Arendt aus dieser Perspektive nicht nur den ungarischen Aufstand von 1956 wertschätzen, sondern auch für die Zukunft hoffen konnte, dass durch ähnliche wahrhaft politische Revolutionen der Osten mit seinen kommunistischen Regimen brechen würde. Bekanntlich hat sich diese Hoffnung – und zwar gegen den Strom der Systemtheoretiker und Vertreter einer „systemimmanenten“ Perspektive – 1988/89 erfüllt. Wir erlebten jene „Wiedergeburt des Politischen“ (Winfried Thaa) im Arendt'schen Sinne, die moderner nicht hätte sein können. Kurzum, man muss nicht wie Benhabib zuweilen fast krampfhaft die grenzenlose (Post-)Modernität Arendts behaupten, die bei ihr bis an den Rand einer kontraintendiert feministischen Vorreiterrolle Arendts reicht (21f., 29ff., 316ff.), um die Produktivität dieses Denkens für die Moderne und in Bezug auf deren vielfältige Deformierungs- und Selbstvernichtungspotentiale unter Beweis zu stellen.

Seyla Benhabib hat mit diesem Buch eine exzellente Studie zu den theoretischen Grund-

lagen, der Architektonik und den Problembezirken der politischen Philosophie Arendts vorgelegt, wobei sie – anders als die meisten auch jüngeren Interpretationen – diese „vom Rand“ her, d.h. konkret über die Varnhagen-Biografie, aufzuschließen sucht. Auch wenn man der Hauptthese des „*reluctant modernism*“ und dem damit verbundenen Versuch, die existenzialistischen Gehalte zu reduzieren und eine gewisse „Habermasianisierung“ vorzunehmen, nicht (gänzlich) folgt, stellt Benhabibs streitbare Analyse mit Sicherheit einen der gehaltvollsten und wichtigsten Beiträge zur Rekonstruktion und Interpretation der politischen Philosophie Hannah Arendts dar. Wer an einer theorieorientierten Aufschlüsselung des Arendt'schen Werkes interessiert ist, kommt an dieser Studie nicht vorbei.

Anmerkungen

- 1 Allerdings findet sich bereits hier eine nicht nur terminologische Unsauberkeit, da es bei Arendt nicht „Idealtypus“ (bekanntlich ein Begriff der Methodologie Max Webers), sondern „Gesellschaftsideal“ heißt (Arendt 1951/1986: 908).
- 2 In diesem Anhang, der auf einen Artikel der Autorin aus dem Jahr 1999 zurückgeht, diskutiert Benhabib die Beziehung zwischen Arendt und Heidegger vor dem Hintergrund neuer Briefveröffentlichungen und Interpretationen. Dabei wehrt sie nicht nur die Moralisierung dieser Beziehung ab (wie es auch Sontheimer tut), sondern generell eine „Biografisierung“ Arendt'scher Positionen. Man kann letzteres auch als implizite Kritik an Sontheimers Versuch eines „bodenhaftenden“, „unmittelbaren“ Verstehens lesen.
- 3 Sowohl Breier (65f.) als auch Benhabib (301ff.) diagnostizieren normative Leerstellen in Arendts politischer Theorie, da Letztbegründungs- oder Hierachisierungsversuche gegenüber dem Gerechten und Guten, von Rechten oder Gleichheit fehlen. Dem stimme ich zu. Nur begreife ich das nicht als „Preis“ ihrer phänomenologischen Herangehensweise oder Ausfluss melancholischer Skepsis angesichts der Jahrhundertverbrechen. Vielmehr handelt es sich um einen höchst modernen Antifundamentalismus, für den die plurale menschliche Existentialität (zwischen Natalität und Mortalität) den axiologisch unhintergehbaren, mithin offenen Rahmen allen politischen Handelns abgibt. Insofern haben Jay, Canovan oder auch Kallscheuer recht, wenn sie bei Arendt einen (im Sinne der griechischen Philosophie:) „agonalen“, oder moderner: „politischen Existentialismus“ erkennen (vgl. Benhabib: 302-304; Nachwort von Kallscheuer: 373-375).

Literatur

- Arendt, Hannah (1951/1986): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München: Piper.
- Arendt, Hannah (1958/1981): Vita activa oder vom tätigen Leben. München: Piper.
- Arendt, Hannah (1963/1964): Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München: Piper.
- Arendt, Hannah (1963/2000). Über die Revolution. München: Piper.
- Arendt, Hannah (1978/1979): Vom Leben des Geistes (2 Bände). München: Piper.
- Arendt, Hannah (2003): Was ist Politik? München: Piper.
- Canovan, Margaret (1995): Hannah Arendt. A Reinterpretation of Her Political Thought. Cambridge: Cambridge University Press
- Habermas, Jürgen (1987): Philosophisch-politische Profile. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Jay, Martin (1978): Hannah Arendt. In: Partisan Review 45, 348-368.

Seyla Benhabib: Hannah Arendt. Die melancholische Denkerin der Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006 (Taschenbuchausgabe: stw 1797), 380 Seiten

Karl-Heinz Breier: Hannah Arendt zur Einführung. Hamburg: Junius 2001, 178 Seiten (3. unveränd. Aufl. 2005)

Kurt Sontheimer: Hannah Arendt. Der Weg einer großen Denkerin. München, Zürich: Piper 2005 (Taschenbuchausgabe 2006), 292 Seiten

Alma-Mira Demszky
von der Hagen:

Alltägliche Gesellschaft

Netzwerke alltäglicher Lebensführung in
einer großstädtischen Wohnsiedlung

Rezensiert von Margret Xyländer

Die Autorin widmet sich einer der grundlegendsten Fragestellungen der Soziologie und des menschlichen Daseins überhaupt. Die Hauptfrage, der sie theoretisch wie empirisch nachgeht, ist die nach den Vergesellschaftungsmodi von Individuen in ihrem Alltag und damit des Emergierens von Gesellschaft aus der Summe individueller Einzelhandlungen, womit sie die Gesellschaftsentwicklung „von unten“ nachzeichnen kann. Dabei vertritt sie die bemerkenswerte These, dass sich ein zunehmender Wandel von einem passiven, von der Gesellschaft „Vergesellschaftet-Werden“ zu verschiedenen Variationen aktiver „Selbst-Vergesellschaftung“ vollzieht, der Individuen vor Freiheiten stellt, aber auch aktive Vergesellschaftungs- und Konstruktionsleistungen von ihnen fordert. Als besondere Ressource bei gelingender wie misslingender Vergesellschaftung wird dabei die *Persönlichkeit* eines Individuums herausgearbeitet, die als Erweiterungskategorie der Bourdieu'schen Kapitalarten vorgeschlagen wird. Besonderes Interesse verdient das Buch nicht zuletzt, weil es die Untersuchung an die Besonderheiten einer osteuropäischen Gesellschaft knüpft und somit Einblicke in eine postkommunistische Gesellschaft gewährt, dabei jedoch zugleich typische Elemente der Vergesellschaftung aufzeigen kann.

Im ersten Teil nähert sich die Autorin auf theoretischer Ebene der Erarbeitung eines eigenen Ansatzes zur „alltäglichen Gesellschaft“. Ausgangspunkt ist das sowohl empirische wie theoretische Forschungsdesiderat zum Problem der Vergesellschaftung im Alltag bzw. der integrierten Betrachtung dieser beiden Phä-

nomene. Ausgehend von einem zunächst sehr offenen und weit gefassten Gesellschaftsbegriff des Mit- und Nebeneinanderlebens mehrerer Personen werden die individuellen Vergesellschaftungsmuster im Alltag in den Mittelpunkt gerückt. Dabei wird die Rolle der persönlichen Ressourcenausstattungen aufgezeigt und damit die ganz individuelle Anbindung einer Person an ihre soziale Umwelt fokussiert (19). Um diese alltäglichen Ankopplungsprozesse greifen zu können, wird das Konzept der alltäglichen Lebensführung nach G. G. Voß (1991) herangezogen, welches im Kern den Zusammenhang und die Organisation aller Tätigkeitsbereiche des Alltags umfasst (21). In ihrer bedeutenden Funktion als Vergesellschaftungsinstanz wird die Lebensführung als „Modus der Vergesellschaftung“ (28) und somit als Brücke zwischen Individuum und Gesellschaft identifiziert. Diese Verknüpfung zwischen der Mikro- und der Makrosichtweise der Soziologie kann als eines der Hauptmerkmale der Arbeit gelten, wozu die Arbeit einen wichtigen Beitrag leistet. Soziologische Analysen des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft bzw. von Gemeinschaft und Gesellschaft fließen ebenso in die eigene theoretische Konzeption ein wie die kritische Auseinandersetzung mit Konzepten der Sozialisation, der *Community Studies* oder auch der Netzwerkanalyse.

Um sich dem allgemeinsoziologischen Problem der individuellen Vergesellschaftung im Alltag empirisch zu stellen, wurden 35 qualitativ angelegte Interviews mit Bewohnern in Reichenfeld, einer Plattenbausiedlung in Budapest, quer durch alle Berufssegmente und soziale Schichten geführt. Reichenfeld war eines der letzten sozialistischen Großprojekte Ungarns und zählt heute noch – anders als z.B. ostdeutsche Plattenbausiedlungen – zu den prestigeträchtigen Wohnsiedlungen Budapests. Ergänzt wurden die Interviews mit nicht teilnehmenden Beobachtungen zur Beschaffenheit der örtlichen Vergesellschaftung, die mit Fotografien der Siedlung wie der Wohnungen der Befragten gestützt werden konnten. Als weitere Datenquellen dienten 45 Kurzgespräche mit Passanten in der Nähe des Untersuchungsortes zu Vor- und Nachteilen der Siedlung sowie 26 Interviews von Experten, die mit der Siedlung

aufgrund ihres Berufs (Pfarrer, Sozialarbeiter, Architekten, Stadtsoziologen, sozial Engagierte) vertraut waren.

Im zweiten Teil beantwortet die Autorin ihre Forschungsfrage und präsentiert ihre empirischen Ergebnisse in Gestalt von Fallbeispielen, die sowohl das Allgemeine als auch das Individuelle des Falles herauskristallisieren. Die Präsentation der Forschungsergebnisse gliedert sie in drei Bereiche: die Analyse der Siedlung, eine Typologie der verschiedenen individuellen Lebensführungsmuster und deren Erweiterung zu einer Typologie der Vergesellschaftungsmuster.

Die Analyse der ortsgebundenen Gesellschaft von Reichenfeld erschließt dem Leser „fühlbar“ – und mittels Fotos auch sichtbar – die gegenwärtigen Lebensverhältnisse und die sozialistische Vergangenheit Ungarns aus verschiedenen Perspektiven: aus dem Blickwinkel eines Außenstehenden, aus Expertensicht, aus der historischen Betrachtung sozialistischer Architekten und schließlich aus der Innenperspektive der Bewohner.

Die Typologie der individuellen Lebensführungen führt die Analyse von den Einzelfällen zu allgemeinen Tendenzen und Regelmäßigkeiten auf eine höhere Abstraktionsebene. Mittels der doppelten Struktur von Lebensführung, nämlich ihrer praktischen Alltagsgestaltung und ihrer Sinnstruktur, ergibt sich eine Typologie fünf verschiedener Lebensführungsmuster: die traditionale, die strategische, die situative und – als in der Arbeit neu entdeckte Formen – die prekäre und die schematische Lebensführung. Die Autorin zeigt zudem, dass die für Deutschland aufgestellte Typologie von Lebensführungen auch in einem anderen Land wie Ungarn vorzufinden ist.

Diese Analyse der individuellen Lebensführungsmuster wird zu einer Untersuchung und weiteren Typologie der unterschiedlichen Modi alltäglicher Vergesellschaftung weitergeführt. Mittels der erarbeiteten „Schauplätze der Vergesellschaftung“ (181) wie Familie, Wohnort, Arbeitsplatz, Freundeskreis sowie Öffentlichkeit und Politik werden vier Typen entwickelt: altruistische Vergesellschaftung (gekennzeichnet durch die Aufopferung für Mitmenschen), reaktive Vergesellschaftung (charakterisiert

durch geringe Eigeninitiative), autarke Vergesellschaftung (geprägt durch Ausgewogenheit von Geben und Nehmen) und egozentrierte Vergesellschaftung (geleitet von Aktivität im Hinblick auf eigene Interessen), die mit den zuvor entwickelten Typen individueller Lebensführung integriert betrachtet werden. Damit kann die Autorin explizieren, dass die identifizierten Vergesellschaftungstypen grundsätzlich mit den jeweiligen Typen der Lebensführung korrespondieren. Mehr noch, die Form der Lebensführung bestimmt zumeist den Modus der Vergesellschaftung (279). Interessant ist die Rolle, die die Autorin der Theorie zukommen lässt – diese ist Ausgangspunkt und Rahmen der Arbeit, Werkzeug zur Datenanalyse und dient schließlich der Weiterentwicklung des Konzepts der Lebensführung zu einem Konzept „sozialer Lebensführung“.

Im dritten Teil werden die empirischen Ergebnisse auf ihre gesamtgesellschaftliche Relevanz hin überprüft und kritisch nach ihrem Beitrag für die soziologische Theorie hinterfragt. Dafür wird unter Bezugnahme auf die Netzwerkforschung die besondere, aber auch problemreiche Bedeutung persönlicher Netzwerke für die Sozialstruktur herausgestellt. Aus einer Vergleichsperspektive westlicher und osteuropäischer Gesellschaften betrachtet, stellen Netzwerke dennoch kein osteuropäisches Spezifikum dar, sie sind vielmehr für das Funktionieren aller Gesellschaften konstitutiv. Dieser letzte Abschnitt umfasst schließlich das theoretische Konzept der „alltäglichen Vergesellschaftung“, welches als der Prozess der Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft begriffen und als Prozess der Anbindung der Person an ihre soziale Umwelt definiert wird (273). Neben dem Individuellen ist es die Dimension des Sozialen – im Sinne von Sozietät –, welche die Lebensführung und das soziale Leben der Person ermöglicht und organisiert; es wird die These vertreten, dass Lebensführung nie individuell ist, sondern immer auch sozial (271). Als besonders relevant erweist sich im Prozess der Vergesellschaftung die Ausstattung einer Person mit verschiedenen Kapitalarten (ökonomisch, kulturell, sozial), die als ungleiche Ausgangsbedingungen im Prozess der Vergesellschaftung individuell

gehandhabt werden müssen. Zu diesen von Bourdieu beschriebenen Kapitalformen konnte eine weitere, neue Kapitalart aus den empirischen Ergebnissen identifiziert werden, die die Persönlichkeit des Individuums als Ressource erfasst und „*Persönlichkeitskapital*“ genannt wird (287). Aus den empirischen Ergebnissen werden schließlich Elemente eines subjektorientierten Gesellschaftsbegriffs entwickelt, der die subjektiven Vorstellungen, Wahrnehmungen und Konstruktionsleistungen von Gesellschaft impliziert. Diskussionswürdig bleibt, trotz oder gerade wegen der betonten Subjektorientierung der Arbeit, die Relevanz der vorgeschlagenen Lesart für die Beschreibung gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse. Als soziologischer Grundbegriff wird in gesellschaftstheoretischen Erklärungsversuchen betont, dass die Orientierung an gemeinsamen Institutionen, Werten und Normen als Voraussetzung für gesellschaftliches Zusammenleben gilt. Insbesondere institutionelle Implikationen bleiben offen, obwohl sie (im Parson'schen Sinne) für den Zusammenhalt und das Überdauern einer Gesellschaft konstitutiv sind.

Alma-Mira Demszky von der Hagen schafft es, Theorie und Empirie kontinuierlich zusammenspielen zu lassen und unter Bezug auf die großen soziologischen Ansätze neue theoretische Perspektiven zu eröffnen, vorhandene zu erweitern und auf bemerkenswerte Weise zu verknüpfen. Zum Begreifen und Verstehen der so selbstverständlichen wie originellen Prozesse alltäglicher Vergesellschaftung leistet das Buch einen bedeutenden Beitrag für Forschung und Theorie.

Alma-Mira Demszky von der Hagen:
Alltägliche Gesellschaft. Netzwerke
alltäglicher Lebensführung in einer
großstädtischen Wohnsiedlung.
München und Mering: Rainer Hampp
Verlag 2006, 340 Seiten

Amelie Kutter,
Vera Trappmann (Hg.):

Das Erbe des Beitritts

Europäisierung in
Mittel- und Osteuropa

Rezensiert von Christian Bühler

Auf gelungene Art und Weise bietet dieser Sammelband Koryphäen und Nachwuchswissenschaftlern in insgesamt 17 Beiträgen Raum für eine Bestandsaufnahme des Beitrittsprozesses im Spannungsfeld von Transformation und Europäisierung. Die übergreifende Fragestellung klingt im Titel bereits an und wird in einem konzeptionell anspruchsvollen Einleitungskapitel klar herausgearbeitet: Welches „Erbe“ („*legacies*“) hinterlässt die Ära der Beitrittsverhandlungen in den neuen mittelosteuropäischen Mitgliedsstaaten (MOEMS)?¹ Einige Beiträge erweitern diese Frage um die daraus folgenden Rückwirkungen auf die erweiterte Union. Das ist eine sinnvolle Ergänzung, denn das „Erbe“ des Beitritts ist heute ein gemeinsames europäisches.

Erfreulicherweise sprechen die einzelnen Beiträge durchgängig problemorientiert über diesen theoretischen und empirischen Rahmen. Für Spannung sorgen dabei zum einen das zugrunde liegende weite Erbe- und das damit korrespondierende Europäisierungskonzept, die jeweils nicht nur inhaltliche (*policy*-Dimension) und formal institutionelle Veränderungen (*polity*), sondern auch die intermediäre Ebene der Identitäts- und Interessenformierung sowie des politischen Wettbewerbs (*politics*) in den neuen Mitgliedsstaaten berücksichtigen. Hervorstechend ist jedoch, dass die häufig in der Literatur als unproblematisch angenommene „Stabilisierungsthese“ des Transformationsprozesses durch den Europäisierungsprozess von Beginn an kritisch betrachtet wird. Dabei nehmen die Herausgeberinnen und Autoren eine differenzierte Position ein, die den „glanzlosen Arbeitserfolg“ (Lippert) der Erweiterung

und die mit ihm verbundenen Leistungen der MOE-MS würdigt, ohne die Augen vor Problemen wie der Entstehung intransparenter Governance-Strukturen, der Exekutivlastigkeit politischer Entscheidungsfindung, zunehmenden sozio-ökonomischen Spannungen und dem doppelten Defizit auf der Repräsentations- und Partizipationsebene von Parlamenten, Parteien und Zivilgesellschaft zu verschließen.²

Die einzelnen Aufsätze sind aus einer Veranstaltungsserie an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) hervorgegangen und bieten aufgrund der Herkunft und disziplinären Zuordnung der Beitragenden sowohl interdisziplinäre als auch interkulturelle (Schwerpunkt Polen und Deutschland) Zugänge zur Analyse des Aufeinandertreffens von Transformation und Europäisierung, die in fünf Themenblöcke gegliedert sind: (1) Transformation, Erweiterung, Europäisierung, (2) kollektive Identitäten, (3) Restrukturierung, (4) Wohlfahrt, (5) Zivilgesellschaft.

Der erste Themenblock ist theoretisch-konzeptionell und beinhaltet die Einführung von Kutter und Trappmann, die dafür plädieren, zur Analyse der Beeinflussung des Transformationsprozesses durch die EU je nach Politikfeld und Periode des Beitrittsprozesses Ansätze der Transformationsforschung (Regimewechsel, Elitenkonstellation, (reform-) kommunistische „*legacies*“), der Europäisierungsforschung (Opportunitätsstrukturen und Norm-Entrepreneure) und der Internationalen Beziehungen (IB) (internationale Sozialisation) zu kombinieren. Während in der frühen Kooperations- und Assoziierungsphase endogene Faktoren den Transformationsprozess dominierten, steige der Einfluss externer Akteure und Opportunitätsstrukturen im Rahmen der intensivierten Heranführung an die EU an, um sich in der letzten Vor-Beitritts-Phase über die direkte Durchsetzung spezifischer institutionell-regulativer Modelle zu „zunehmender externer und nicht zwingend transformationsfördernder Steuerung in den mittel- und osteuropäischen Gesellschaften“ auszuwachsen (35). Erst die Kombination der genannten Forschungsansätze mache den Transformationsprozess der MOE-MS damit als *Bricolage* (Bauphase) in seiner Eigenart hybrider Institutionalisierung

analysierbar, im Gegensatz zur „*blue print*“-Metapher, die rationalistisches „*institutional engineering*“ als Veränderungsimpuls überbewerte (vgl. 22, 44). Auf diese *bricolage* wirkten stärker, als von Tanja Börzel und vielen weiteren Europäisierungsforschern im Rahmen der „*misfit*“-These angenommen, gerade die unintendierten Folgen einer technokratischen Erweiterungspolitik ein, die im Rahmen eines Diskurses der Effizienz, Unvermeidlichkeit und des Zeitdrucks politische Grundsatzfragen der parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Deliberation entzog.

Wie die Ausführungen Tanja Börzels zeigen, ist dies jedoch kein fundamentaler Widerspruch gegen das von ihr und Thomas Risse etablierte Europäisierungsmodell. Explizit stellt sie sich der Frage, ob der Europäisierungsprozess der MOE-MS Änderungen in diesem Modell notwendig macht. Als mögliche Gründe führt sie u.a. die gegenüber den westlichen Mitgliedsstaaten starke Dominanz des „Downloads“ von institutionellen und inhaltlichen Normen, gebunden an die Konditionalität des Beitrittsversprechens, an sowie die weitgehende Neuentwicklung im Gegensatz zur Anpassung bereits bestehender Institutionen und die Übernahme eines gegenüber vorhergehenden Beitrittsrunden umfassenderen und in Teilbereichen (etwa im Minderheitenschutz) sogar über den bestehenden „*Acquis communautaire*“ hinausgehenden europäischen Normenbestandes. Der Effekt dieser Differenzen zwischen Ost und West, so das Fazit der Autorin nach einem exemplarisch gerafften Literaturüberblick, macht indes keine Änderungen am bestehenden Europäisierungsmodell notwendig. Vielmehr bestätige sich, dass ein *Misfit* in institutioneller und inhaltlicher Hinsicht zu Politiken der EU im jeweiligen politischen System der Beitrittskandidaten einen Anpassungsdruck erzeuge, der, über die Mechanismen des politischen Wettbewerbs sowie des sozialen Lernens vermittelt, zur Europäisierung führe, die wiederum in Ost und West gleichermaßen heterogene Anpassungsleistungen stimuliert.

Viele werden diese Einschätzung der *Mechanismen* der Europäisierung überzeugend finden. Wer indes darüber hinaus an der Frage interessiert ist, ob, bei aller gegebenen Hetero-

genität, die *Auswirkungen* der Europäisierung in den mittelosteuropäischen Beitrittskandidaten nicht doch spezifische „Muster der Rekontextualisierung von EU-Policies, Diskursen und Praktiken“ (Kutter/Trappmann) ergeben, für die Erklärungen zu suchen sind, der liest mit Gewinn die weiteren Beiträge dieser Bestandsaufnahme. So wertet Timm Beichelt Daten zu Bevölkerungseinstellungen und Partheiausrichtungen gegenüber der EU in den MOE-MS aus und evaluiert das spezifische Konfliktpotenzial zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten in unterschiedlichen Politikfeldern. Er kommt zu dem Schluss, dass weniger „institutionelle Unzulänglichkeiten“ als divergierende Vorstellungen über ökonomische Modelle und die Finalität der Europäischen Union Differenzen zwischen Ost und West markieren und damit negative Rückwirkungen auf die Kohäsion der EU haben. Auch Barbara Lippert kommt in ihrer Analyse des Beitrittsprozesses zu dem Ergebnis, die Expansionsdynamik der EU finde in den Versuchen zur Stärkung des inneren Zusammenhalts keine adäquate Entsprechung. Jadwiga Staniszki verweist aus ideengeschichtlicher Perspektive auf die Schwierigkeiten, die sich aus den unterschiedlichen Herrschafts- und Staatsverständnissen in Ost- und Westeuropa für die Integration ergeben.

Nach diesen teilweise gesamteuropäischen Bezugnahmen konzentriert sich der Themenblock „kollektive Identitäten“ auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den MOE-MS. Michał Buchowski, Anna Horolets, Guido Tiemann und Alexandra Schwell widmen sich Fragen der Herausbildung, des strategischen Einsatzes und der politischen Funktionalität von positiv wie negativ auf die EU bezogenen Identitäten. Aus anthropologischer Perspektive geht Buchowski auf die Mythen ein, die das Verhältnis der polnischen Bevölkerung gegenüber der EU und Widerstände sowie Unterstützung des Beitrittsprozesses prägen. Anna Horolets stellt in einer Analyse polnischer Printmedien dar, wie Scham als diskursives Element eingesetzt wurde, das in Abgrenzung zur unterstellten polnischen Rückständigkeit die europäische Zugehörigkeit und Selbstidentifikation stärken sollte. Tiemann erörtert mit Hilfe einer multivarianten Ana-

lyse die Bedingungsfaktoren euroskeptischer Parteipositionen in den MOE-MS. Dabei überwiegt, so sein Schluss, der ideologische Faktor, wie er auch in allgemeinen Einstellungen zur politischen Kultur und ökonomischen Ausrichtung zum Ausdruck kommt, gegenüber dem strategischen, den der Autor allerdings nur mit der groben Variable von Regierungs- bzw. Oppositionspartei in die Analyse aufnimmt. Eine spezifisch mittelosteuropäische Variante des EU-Skeptizismus sei damit, auch angesichts der Besonderheiten des Beitrittsprozesses, nicht erkennbar. Alexandra Schwells Untersuchung des deutsch-polnischen Grenzschutzes nimmt in teilnehmender Beobachtung gewonnene Einsichten in die Identitätsbildung des Personals und institutionelle Einflussfaktoren der Organisation der Polizeidienste gleichermaßen in den Blick, um die Ursachen und daraus abzuleitende Verbesserungsstrategien für die schwierige Kooperationsbeziehung zu evaluieren.

Der auf die sozio-ökonomische Dimension des Beitrittsprozesses fokussierte Teil ist in die Blöcke „Restrukturierung“ und „Wohlfahrt“ unterteilt. In ersterem geht Aleksandra Sznajder den Gründen für die ungleichzeitige, aber letztlich konvergierende Form der Privatisierung der Stahlindustrie in Polen, Tschechien, Rumänien und der Slowakei nach, während Cezary Iwan die Ursachen der schleppenden Restrukturierung der polnischen Zuckerindustrie untersucht. Die Wohlfahrtseffekte des Beitrittsprozesses analysieren Frank Bönker mit Blick auf die Konsequenzen des EU-Beitritts für die Sozialpolitik in den neuen Mitgliedsstaaten und Onno Hoffmeister mit einer Übersicht über die Dimensionen sozialer Ungleichheit in der erweiterten Union. Ebenfalls diesem Themenblock zugeordnet ist der Vergleich der Europäisierungseffekte auf die Regionalpolitik in Ungarn und Polen von Karin Piper.

Im abschließenden Abschnitt „Zivilgesellschaft“ stellen sich Kristi Raik, Axel Olearius und Loretta Ihme der eingangs aufgeworfenen Frage, wie sich die Europäisierungsimpulse im Rahmen des EU-Beitritts auf die intermediäre Ebene der gesellschaftlichen Interessenvermittlung und dabei insbesondere auf das Verhältnis zivilgesellschaftlicher Gruppen zur staatlichen und zur europäischen Ebene

auswirken. Werden NGOs in ihrer Artikulations-, Zivilisierungs- und Governance-Funktion gestärkt oder durch den direkten Einfluss der EU-Förderinstrumente sowie indirekte Einflüsse, wie die jeweilige Rahmengesetzgebung der EU, die ihren politischen Handlungsbereich strukturiert, zu „Erfüllungsgehilfen“ staatlicher und europäischer Regulierung? Beide Effekte werden anhand der Fallbeispiele zu Estland allgemein (Raik), Polen und Rumänien im Bereich der Umweltpolitik (Olearius) und der Stellung zivilgesellschaftlicher Akteure im Politikfeld Frauenhandel (Ihme) nachgewiesen. Die Gefahr einer „gelenkten Zivilgesellschaft“ scheint allerdings gegenüber dem kritischen Potenzial der sich selbst in der Beitritts- und Transformationsperiode entwickelnden Zivilgesellschaft gering zu sein.

Insgesamt bietet der Band eine umfassende und zeitnahe Bestandsaufnahme der Auswirkungen des Beitrittsprozesses, die in der Vielfalt der behandelten Themen und methodisch einzigartig ist. Dies bedeutet zugleich, dass sich die einzelnen Beiträge einer Synthetisierung widersetzen und die Publikation wohl eher als Fundgrube für Studenten und Wissenschaftler mit spezifischen thematischen Interessen denn als Fundament der Evaluation der Beitrittsperiode für eine allgemein oder wissenschaftlich interessierte Öffentlichkeit dienen kann.

Anmerkungen

- 1 „Mittel- und Osteuropa bezeichnet in diesem Beitrag [teilweise gehen andere Beiträge über diese enge Definition hinaus; CB] die acht postkommunistischen Länder, die 2004 der EU beigetreten sind. Bulgarien und Rumänien sind bereits mit einer veränderten Heranführungsstrategie konfrontiert und bleiben deshalb in diesem Beitrag außen vor.“ (14) „Legacies bezeichnen die kulturellen und institutionellen Hinterlassenschaften einer bestimmten systemischen Epoche, die die weitere gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen.“ (Ebd.) Unter Europäisierung verstehen die Herausgeberinnen in expliziter Anlehnung an Radaelli „den von Akteuren im EU-Mehrebenensystem gestalteten Prozess, in dem Regeln, Diskurse und Praktiken, die sich im Rahmen der europäischen Integration als ‚EU-spezifisch‘ herausgebildet haben, in den Kontext nationaler Gesellschaften und politischer Systeme inkorporiert werden“ (16).
- 2 Vgl. dazu auch Whitefield, Stephen: Mind the Representation Gap: Explaining Differences in Public Views of Representation in Postcommunist Democracies, in: *Comparative Political Studies* 39 (2006) 6, 733-758. Die angesprochenen Probleme betreffen selbstverständlich nicht nur die mittelosteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten.

Amelie Kutter, Vera Trappmann (Hg.): *Das Erbe des Beitritts. Europäisierung in Mittel- und Osteuropa (Europäische Schriften, 85)*. Baden-Baden: Nomos 2006, 389 Seiten

Forschungsverbund „Blockierter Wandel“ (Hg.):

Blockierter Wandel?

Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung

Rezensiert von Frank Adler

Im Buch stellen elf Autorinnen recht unterschiedlicher Disziplinen (Landschaftsplanung, Biologie, Soziologie, Umwelt-, Erziehungs-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften) Ergebnisse ihres sozial-ökologischen Forschungsprojektes vor. Damit verfolgten sie vor allem zwei Ziele – sie wollten Blockaden für eine nachhaltige Entwicklung der Untersuchungsregion identifizieren und Möglichkeiten ihrer Bearbeitung entwickeln. Lokalisiert war das Projekt in einer Region Sachsen-Anhalts, die besonders stark von der DDR-Großindustrie und deren Niedergang geprägt ist, zugleich aber seit 1989/90 durch Initiativen hervortrat, um am Leitbild nachhaltiger Entwicklung orientierte Pfade zu beschreiten.

Die Autorinnen übertragen einen herrschaftskritisch-feministischen Ansatz auf die sozial-ökologische Forschung. Diese konzeptionelle Verknüpfung wird hauptsächlich über die Kategorie „(Re-)Produktivität“ (88ff.) geleistet. Sie zielt auf eine integrative Neubestimmung des Ökonomischen als (re-)produktives Wirtschaften. Das Verständnis von Wirtschaften wird erweitert um die sog. reproduktiven und zumeist weiblich konnotierten Leistungen in den Sphären soziale Lebenswelt und ökologische Natur, die in marktökonomischen Bewertungen ausgeblendet und abgewertet werden. Was physisch und sozial zusammengehört – das Produzieren und das Wiederherstellen der menschlichen und natürlichen Produktivität – soll somit auch zusammen gedacht und gestaltet werden. Damit sei es möglich, die in der Logik marktökonomischer Systeme wurzelnde, verengte Sicht auf Produktivität, die abwertenden Trennungen

von reproduktiven und (männlich-)produktiven Tätigkeiten aufzudecken und durch die Kritik hindurch zu überwinden (89). Positiv enthält „(Re-)Produktivität“ die Vision einer (re-)produktiven Ökonomie, eines nachhaltigen Wirtschaftens als bewusst erhaltendes Gestalten des ganzen (Re-)Produktionsprozesses, der Reproduktionsfähigkeit einer Gesellschaft und ihrer natürlichen Grundlagen (30).

Die Parallelisierung von feministischer und sozial-ökologischer Kritik bestimmt auch die Problemdiagnose. Der in der Region blockierte Wandel zu einer nachhaltigeren Entwicklung wird auf dichotomes Denken und Handeln zurückgeführt. Dieses trenne Zusammengehöriges geistig und praktisch, und zwar so, dass die eine Seite die komplementäre andere dominiert, deren Leistungen abwertet oder unsichtbar werden lässt. Von den Verfasserinnen für fundamental befundene Dichotomien (Natur – Kultur, Produktion – Reproduktion, öffentlicher – privater Raum, Theorie – Praxis) werden zunächst in ausgewählten Handlungsfeldern untersucht (35ff.). Der Erkenntnisgewinn, der aus der Interpretation von problematischen Denkweisen oder Praktiken als blockierende Dichotomien erwächst, ist recht unterschiedlich, er ist z.B. bei der Analyse des Hochwasserschutzes größer als bei der Untersuchung von Lernblockaden oder „Wissenspraktiken“. Eine neuartige Sicht auf Verborgenes im scheinbar Bekannten – der „Aha-Effekt“ manch feministisch-herrschaftskritischer Untersuchung – stellt sich selten ein.

„Dichotomie“ bleibt begrifflich unscharf und im Gebrauch unterschiedlich (z.B. ist „hierarchisch“ manchmal ein konstitutives Merkmal: u.a. 11, anderenorts nur ein zusätzliches: 12, 17). Ihre Wirkungsweise als Blockaden nachhaltiger Regionalentwicklung wird nicht immer deutlich. Zuweilen entsteht der Eindruck, dass „normale“ Widersprüche zwischen Interessen oder Verhaltensanforderungen lediglich zu Dichotomien umbenannt werden (z.B. 75).

Auf einer zweiten Ebene werden Hemmnisse für eine nachhaltige Regionalentwicklung (75ff.) in übergreifenden Politik-, Ökonomie- und Rationalitätsmustern identifiziert, die den zuvor ermittelten speziellen Dichotomien zugrunde liegen. Sie basieren auf einem Rati-

onalitätsmuster, das von der Vorstellung einer Berechenbarkeit und Beherrschbarkeit der Welt durchdrungen sei und das fast exklusiv Wissenschaft, Technik, Expertentum Kompetenzen zuschreibt. Damit korrespondiere eine Deutung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die zwischen Kultur/Gesellschaft und Natur bzw. zwischen „produktiver“ (männlicher) und „reproduktiver“ (weiblicher) Arbeit hierarchisch trennt.

Diese Muster werden vor allem der hegemonalen Sphäre der Gesellschaft und ihren Akteuren zugeschrieben, also PolitikerInnen, EigentümerInnen von Kapital oder Erwerbs-Arbeitskraft sowie ExpertInnen. In der nichthegeмонаlen Sphäre hingegen bildeten sich Verhaltensweisen heraus, an denen eine nachhaltige Regionalentwicklung anknüpfen könne. Dazu gehören ein partizipatives Muster von Politik und ein erweitertes – das sog. Reproduktive gleichwertig einschließende – Verständnis von Ökonomie. Das Verhältnis von Kultur und Natur sowie der Geschlechter zueinander werde hier eher als kooperativ und gleichwertig gedeutet.

Unklar blieb mir, wie die beiden Sphären aus der Empirie heraus konstruiert worden sind. Verwundert hat mich die sozialstrukturelle Zuordnung von Personen insofern, als die für die nichthegeмонаle Sphäre reklamierten Denkweisen m.E. gerade auch bei im Erwerbssystem etablierten Personen anzutreffen sind. Überhaupt scheint mir das Konstrukt der Sphären-Trennung selbst recht „dichotomisch“ zu sein, was ja auch später – allerdings mit moralischen Kategorien („gemeinsame Verantwortung“, 101) – relativiert wird

Das hauptsächliche Interesse der Verfasserinnen gilt jedoch der Frage, wie die ermittelten Blockaden zu bearbeiten sind, um Wege für eine nachhaltige Regionalentwicklung zu öffnen. Die generelle Chance für einen solchen Wandel sehen sie zunächst darin, dass die herrschenden Muster für viele Menschen erfahrbar brüchig werden – sei es durch ausbleibende Wohlfahrtsversprechen der kapitalistischen Marktökonomie oder die Nichtbeherrschbarkeit von Naturkatastrophen. Mit zunehmenden Unsicherheiten erweitern sich auch die Handlungsräume für neue Kon-

zepte und Initiativen, die über blockierende Strukturen hinausweisen. Unter günstigen Akteurskonstellationen entstehen zwischen den dichotomen Strukturen – von Akteuren beider Sphären konstituierte – „Zwischenräume“ in Form selbstorganisierter Projekte oder experimenteller Problemlösungen.

Sie beinhalten neuartige Kooperationen und Verfahren, quer zu den gängigen Hierarchien und Ressorts. Beispiele für solche „neuen Bezogenheiten“ sind u.a. Formen der Verbindung von technischen und natürlichen Potenzialen oder von „Beherrschung“ und „Anpassung“ im Hochwasserschutz. „Neue Bezogenheiten“ verbinden abgespaltenes Reproduktives mit dem, was ausschließlich als produktiv galt; bisher ausgegrenzte Räume und Aktivitäten von Mensch und Natur werden sichtbar als wertschöpfend.

Nachhaltige Regionalentwicklung, so das Fazit der Verbundpartnerinnen, „erfolgt über die Ermöglichung, Sicherung und Stabilisierung von (re-)produktiven Zwischenräumen, in denen Ziele und Prozesse einer sozialökologischen Transformation der Region im gemeinsamen Lernen entworfen und gestaltet“ (176) werden. Dafür ermitteln sie ein breites Spektrum von Bedingungen und Wegen (u.a. 136f.): Vernetzungen und Kooperationen, die letztlich zu Clustern nachhaltiger Regionalentwicklung führen; gesellschaftspolitische Diskussionen, die normative Grundmuster der Gestaltung von Wechselbeziehungen zwischen Natur und Gesellschaft kritisch thematisieren; gesellschaftspolitische Reformen, wie z.B. eine regionale Verfassung nachhaltigen Arbeitens, die alle Arbeiten als produktiv anerkennt.

Unabdingbar für eine sozialökologische Transformation seien Aushandlungsprozesse, an denen alle Betroffenen umfassend beteiligt sind und in denen Alltags- bzw. Laienwissen gleichberechtigt zur Geltung kommt. Letztlich gehe es darum, die „neuen Bezogenheiten“ zu solchen Regulierungen gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu verfestigen, die Hierarchien und Abwertungen nicht mehr brauchen und deren Stabilität aus Vielfalt erwächst, die somit Nachhaltigkeit ermöglichen (178).

Charakteristisch für die Sicht der Forscherinnen auf Veränderungschancen in Richtung

nachhaltige Regionalentwicklung scheint mir u.a. zweierlei. Einmal ihr Optimismus. Was andere vermutlich nur als Notlösungen, fragile Gebilde oder etwas unkonventionelle pragmatische Problemlösungen wahrnehmen, sind für sie entwicklungsfähige, modellhafte Keime neuer Strukturen, Verfahren. Zum anderen ihr – zuweilen idealistisch anmutendes – Vertrauen in die gesellschaftsverändernde Kraft kommunikativer Vernunft, verständigungsorientierter Aushandlungsprozesse, gesellschaftlicher (Um-)Bewertungsprozesse. Ihre Problem diagnose verweist zwar auf „tiefere“ Ursachen in marktökonomischen Verhältnissen. Die Therapievorschläge jedoch setzen an deren Vermittlungen hin zum alltäglichen Verhalten von AkteurInnen an.

Besonders originell sind die im Buch presentierten Ergebnisse und Vorschläge zur wissenschaftstheoretischen Fundierung inter- und transdisziplinärer sozialokologischer Forschung. Jegliches Wissen ist für die Autorinnen „situier“, also kontextbezogen und interessenabhangig. Dies sei im Forschungsprozess transparent zu machen, indem z.B. die normativen Positionen der Wissenschaftler ebenso offengelegt werden wie mögliche hierarchische Strukturen. Damit würden diese verhandelbar und relativierbar, u.a. indem verstärkt Partner aus gesellschaftlich abgewerteten Bereichen einbezogen werden. (Das wirft die Frage auf, warum nur eine ostdeutsche Forscherin beteiligt war.)

Transdisziplinares Forschen ist für den Forschungsverbund ein gleichberechtigter Verständigungs- und Lernprozess von Akteuren aus Wissenschaft und Praxis, die an der Lösung eines praktischen Problems interessiert sind. PraxispartnerInnen werden als forschende Akteure anerkannt. Forschung und Veränderung von Denkweisen und Praktiken werden als simultan organisiert, eine nachgelagerte „Umsetzungsphase“ von Forschungsergebnissen entfällt somit.

Unter dem Stichwort „Bruckenkonzept“ presentieren die WissenschaftlerInnen interessante Vorschläge für die Integrationsprobleme interdisziplinärer Forschungsgruppen im Bereich sozial-ökologischer Forschung (81ff.). Für jede Ebene des Forschungsprozesses wird

eine integrierende Brücke konzipiert. So ist z.B. das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung die normative Brücke zwischen den beteiligten Disziplinen, während die Kategorie der (Re-)Produktivität (88f.) als theoretische und die Gender-Perspektive als paradigmatische Klammer (vgl. 86f.) fungiert. Sie ermögliche, Mechanismen der Ausgrenzung und Abwertung über den Geschlechterdualismus hinaus transparent zu machen, die dann aus Nachhaltigkeitsperspektive kritisiert werden könnten.

Leider ist oft nicht nachzuvollziehen, wie die entwickelten methodischen Prinzipien im eigenen Forschungsprozess umgesetzt worden sind. Zum Beispiel: Wie sind informelle Hierarchien zwischen den WissenschaftlerInnen relativiert worden? Wie ist die Gleichberechtigung von wissenschaftlichem und Alltagswissen praktiziert worden; wie wurden dabei Kommunikationsbarrieren überwunden? Angedeutet werden Ost-West-Differenzen bei der Deutung regionaler Situationen (vgl. 75, 168) – auch hierzu hätte man gern Näheres erfahren.

Anregend ist die Publikation vor allem als Brückenschlag zwischen Genderforschung bzw. feministischer Theorie und sozialokologischer bzw. Nachhaltigkeitsforschung. „(Re-)Produktivität“, Bruckenkonzept, Konstellationsanalyse etc. sind innovative Angebote, wie der oft beschworene integrative Anspruch der Nachhaltigkeitsforschung realisiert werden kann. Diese kann ebenso profitieren vom feministisch sensiblen Blick für Mechanismen der Reproduktion von Herrschaft wie für das Abwerten lebensnotwendiger Leistungen von sozialen Gruppen und Natur, sei es in alltagsideologischen Deutungsmustern oder in wirkmächtigen („externalisierenden“) ökonomischen Kategorien.

Weniger gelungen scheint mir indessen der Umgang mit der Empirie. Die untersuchte Region bleibt mit ihren unterschiedlichen Akteuren und deren Vorstellungen von (nachhaltiger) Entwicklung insgesamt doch blass und äußerlich, ihre „Ost-Spezifik“ unterbelichtet. Die Behauptung (70f.), die sozial-ökologische Transformation der Region komme nicht voran, weil die gleichberechtigte Integration verschiedener Wissenspraktiken, vor allem

des Alltagswissens, nicht gelungen sei, wirkt wenig überzeugend. Manche Erkenntnis, die als empirische Verallgemeinerung vorgestellt wird, ist als solche nicht nachvollziehbar. Während es den Autorinnen oft gelingt, komplizierte Sachverhalte in verständlicher Sprache zu vermitteln, gibt es einige Passagen im Buch, deren Botschaft mir verschlossen blieb (z.B. 152f.). Zuweilen entsteht dadurch der Eindruck, dass es doch mehr für gleichgesinnte Insider geschrieben wurde, weniger argumentierend, naive oder skeptische Leser an feministische Forschung heranzuführen.

Alles in allem ist das Buch keine leichte Kost, aber lohnenswert, vor allem für WissenschaftlerInnen im Bereich der sozialökologischen bzw. der Nachhaltigkeits- und Ostdeutschlandforschung. Insbesondere aber sei es all jenen empfohlen, die sich bislang noch nicht mit feministisch orientierter Forschung vertraut gemacht haben.

Forschungsverbund „Blockierter Wandel“ (Hg.): Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung. München: oekom Verlag 2007, 195 Seiten

Uwe Backes,
Henrik Steglich (Hg.):

Die NPD

Erfolgsbedingungen einer
rechtsextremistischen Partei

Rezensiert von Ralf Altenhof

Es war eine Sensation, als die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 2004 mit 9,2 Prozent in den Sächsischen Landtag einzog – nur 0,6 Prozent hinter der Volkspartei SPD. Zwei Jahre später überwand die Rechtsextremisten bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern erneut die Fünfprozenthürde (7,3 Prozent). Die NPD konnte damit an ihre Erfolge vom Ende der sechziger Jahre anknüpfen, als sie in sieben Landtagen vertreten war. Dabei dürfte es die Partei eigentlich gar nicht mehr geben. Jedenfalls wollten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat die NPD 2001 vom Bundesverfassungsgericht verbieten lassen. Die Karlsruher Richter machten der Politik indes einen Strich durch die Rechnung und stellten das Verfahren wegen der V-Leute-Affäre 2003 ein. Aus dem „Aufstand der Anständigen“, den Kanzler Schröder gefordert hatte, war ein „Aufstand der Unfähigen“ geworden, wie ein Kommentator damals schrieb.

Der Sammelband von Uwe Backes und Henrik Steglich wirft die Frage nach den Erfolgsbedingungen der NPD auf. Dabei führt er die zwei Gesichter der NPD vor Augen. Einerseits hat die Partei unter dem seit 1996 amtierenden Parteivorsitzenden Udo Voigt einen Radikalisierungsprozess in Richtung Neonationalsozialismus vollzogen. Andererseits ist ein solches ideologisches Profil hinderlich für den Aufstieg einer Rechtsaußenpartei. Die Erfolge der NPD in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern waren demnach nur möglich, „weil sie in den Wahlkämpfen ihre Nähe zum Nationalsozialismus verschleierte“, argumentieren die beiden Herausgeber. Tatsächlich trat die NPD bei den

Landtagswahlkämpfen nicht als rassistische Anti-System-Partei auf, sondern gerierte sich als kapitalismus- und globalisierungskritisches soziales Gewissen.

Der Band beleuchtet ein breites thematisches Spektrum: Ideologie und Strategien der NPD werden ebenso unter die Lupe genommen wie die Rahmenbedingungen und die Interaktionen mit dem Umfeld. Dabei sollen in jeder der vier Rubriken die Erfolgsbedingungen der NPD untersucht werden – ein Anspruch, der nicht von allen Autoren eingelöst wird. Während Henrik Steglich die Bedeutung der Wahlkampfthemen untersucht, widmet sich Lazaros Milopoulos dem strategischen Potenzial der Partei. Zwei Beiträge setzen sich mit der NPD in der Kommunalpolitik auseinander, einer mit Blick auf Sachsen (Sven Braune, Christian Demuth, Norbert Hanisch, Josephine Koch, Barbara Schmidt und Alexander Wendland), ein anderer mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern (Hubertus Buchstein und Benjamin Fischer). Julia Gerlach analysiert die Auswirkungen der Verbote neonazistischer Vereinigungen in den neunziger Jahren auf die Entwicklung der NPD. Und Uwe Backes stellt das programmatische Profil dieser rechtsextremistischen Partei in den Mittelpunkt seines Aufsatzes.

„Die Ursachen für den Aufstieg der NPD in den sechziger Jahren waren vielfältig. Zum einen war es der Partei und ihrer Führung gelungen, disparate Strömungen des rechtsextremen ‚Lagers‘ unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen. Zum anderen kamen der NPD verschiedene exogene Faktoren zugute: das Ende der Ära Adenauer, begleitet von Nachfolgekrisen und Umstrukturierungen in den Unionsparteien; die von vielen Konservativen heftig kritisierte Große Koalition der CDU/CSU mit den Sozialdemokraten; verstärkte gesellschaftliche Reformtendenzen und die Entstehung einer linksorientierten Protestbewegung (APO); ein verbreitetes Bedürfnis nach Ausdrucksformen nationaler Selbstbestätigung; und schließlich auch der erste spürbare wirtschaftliche Einbruch nach Jahren einer bald als selbstverständlich hingegenommenen Wohlstandsmehrung“, schreiben Backes und Steglich.

Der Einzug in die Landtage in Dresden und

Schwerin gelang auch aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland, der schwachen Verankerung der Demokratie, der schwierigen sozio-ökonomischen Lage mit hoher Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit insbesondere bei Jugendlichen. Darüber hinaus, betont Steglich, spielte die Neuausrichtung der NPD eine große Rolle: Die Partei erfuhr eine Professionalisierung, eine Verjüngung (weg vom Image eines „Altherrenclubs“), und sie veränderte ihre Wahlkampfstrategie. Sie griff die weitverbreitete Kritik an den Sozialstaatsreformen der Bundesregierung auf und erkannte das darin liegende Wählerpotenzial (Slogan „Quittung für Hartz IV: Jetzt NPD“), während sie auf die sonst üblichen Wahlkampfthemen, etwa Ausländerhetze, weitgehend verzichtete. „Es ist festzuhalten, dass wir es nicht mit einfachen linearen Zusammenhängen zu tun haben. Vergleichende Analysen der Erfolgsbedingungen von Rechtsaußenparteien führen häufig zu recht allgemeinen, aus statistischen Korrelationen abgeleiteten Aussagen (z.B. ‚je höher die Arbeitslosigkeit/Zuwanderungsrate/Fremdenfeindlichkeit/Proportionalität des Wahlsystems usw., umso höher die Chancen der extremen Rechten‘). Eine solche Feststellung lässt sich [...] ganz offensichtlich nicht treffen“.

Trotz der NPD-Erfolge halten u.a. Uwe Backes und Patrick Moreau eine Dramatisierung der Lage für unangebracht: So offenbart der europäische Vergleich, den der französische Politikwissenschaftler Moreau zieht, dass Rechtsextremisten in vielen Ländern mitunter deutlich mehr als zehn Prozent der Wählerstimmen erreichen. Dagegen konnte bei Bundestagswahlen in Deutschland bisher noch nie eine rechtsextremistische Partei die Fünfprozenthürde überspringen. Es fehlen hierzulande charismatische Führungspersönlichkeiten wie Jean-Marie Le Pen in Frankreich, Umberto Bossi in Italien oder Jörg Haider in Österreich. Backes zufolge steht vor allem die Nähe zum Nationalsozialismus einem Erstarren der NPD bis heute im Weg. Die Tatsache, dass der Rechtsextremismus gesellschaftlich geächtet sei, wirke wie ein Bann.

Das hat auch Auswirkungen auf sein strategisches Potenzial, wie Lazaros Miliopoulos

ausführt. Der Verfasser stellt die verschiedenen strategischen Ansätze der NPD vor: vom „Kampf um die Straße“ über den „Kampf um die Köpfe“ und den „Kampf um die Parlamente“ bis zum „Kampf um den organisierten Willen“, womit eine Volksfrontstrategie gemeint ist. Miliopoulos sieht zwar in der Hinwendung zum Antikapitalismus einen Erfolgsfaktor der Partei, macht insgesamt aber zu Recht gravierende Zielkonflikte zwischen den einzelnen strategischen Ansätzen aus. So widerspricht die ideologische Flexibilität, welche die populistische NPD bei Wahlen an den Tag legen muss, dem ideologischen Profil des revolutionären Neonationalsozialismus. Gleichwohl könnte sich aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen in den neuen Bundesländern die Präsenz der Partei verfestigen.

Die in der Öffentlichkeit diskutierte Frage, ob die NPD verboten werden sollte, taucht in einigen Beiträgen auf, doch nur am Rande. Natürlich muss sich eine Demokratie gegen ihre Feinde schützen. Aber Verbote, da besteht Konsens zwischen den Autoren, sollten allenfalls im Sinne einer ultima ratio ausgesprochen werden. Zwischen Demokratie und politischem Extremismus gleich welcher Couleur müsse es eine klare Abgrenzung geben, fordert Julia Gerlach, aber eine Ausgrenzung sei kein geeignetes Mittel: „Reflexhafte Exklusion von Extremisten hilft nicht weiter, Argumente sind vonnöten“, heißt es überzeugend. In der Tat: Die Gründe für die Wahl der Partei wären mit ihrem Verbot nicht verschwunden. Zudem sind die Mitglieder einer verbotenen Organisation vom Verfassungsschutz viel schwerer zu überwachen. Schließlich: Was wäre gewonnen, wenn die Mitglieder in den Untergrund gingen und militante Aktionen durchführten?

Dass Verbotsmaßnahmen kontraproduktiv wirken können, zeigt Gerlach am Beispiel der in den neunziger Jahren ausgesprochenen Verbote gegen zahlreiche neonationalsozialistische Vereinigungen. Damals wurden nach den gegen Ausländer und Asylbewerber gerichteten Ausschreitungen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sowie den Brandanschlägen von Mölln und Solingen u.a. die Nationalistische Front (NF), die Deutsche Alternative (DA), die Nationale Offensive (NO)

und die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) verboten. Ein Effekt war, dass deren Mitglieder den Radikalisierungsprozess der NPD beförderten. Hinsichtlich der Frage, ob das 2003 gescheiterte Partei-Verbotsverfahren der NPD genutzt hat, stellen Backes und Steglich zwar keinen kausalen Zusammenhang her, verweisen aber auf einen Sachverhalt, der schwerlich in Zweifel zu ziehen ist: „Zumindest ein Teil dieser Frage wurde durch die jüngste Entwicklung der Partei beantwortet. Die NPD hat eine Aufwärtsentwicklung genommen, die ihr noch vor wenigen Jahren wohl niemand zugetraut hatte“.

Der Band vermittelt keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse über die NPD, fasst aber den inzwischen breit gefächerten Forschungsstand gut zusammen. „Es handelt sich um eine ‚Neo-Nazi party‘. Sie zählt zu jenen Formationen, die den historischen Vorbildern der Zwischenkriegszeit ideologisch-programmatisch am nächsten stehen. Ihre Affinität zur NS-Ideologie erscheint unübersehbar, zumal die Partei kaum politische Mimikry praktiziert. Sie distanziert sich zwar glaubhaft von gewaltorientierter Strategie, macht aber aus ihrer Systemfeindschaft kein Hehl, will den demokratischen Verfassungsstaat revolutionär überwinden, propagiert den ‚nationalen Sozialismus‘, bekennt sich zu ‚völkischen‘ Prinzipien und verbreitet ein Geschichtsbild, in dem sich das NS-Regime der Vorkriegszeit vorteilhaft von dem des westlichen Nachkriegsdeutschland abhebt. Kann eine solche Partei in Deutschland auf Dauer erfolgreich sein, sich gar auf nationaler Ebene politisch etablieren?“, fragt Backes. Dem Mitherausgeber des vorliegenden Bandes erscheint dies eher unwahrscheinlich.

Für die Auseinandersetzung mit der NPD liefert das Buch insofern einen wichtigen Anknüpfungspunkt, als es ein im Grunde paradoxes Profil der Partei zeichnet – hier die Ideologie des Neonationalsozialismus, dort der Sozialpopulismus bei Wahlen –, das in der öffentlichen Debatte viel stärker thematisiert werden müsste. Die NPD stellt sich gern als homogene, verschworene Gemeinschaft dar, ist tatsächlich aber in sich zerrissen. Eine Schwäche des Bandes liegt in der unterschiedlichen Qualität der insgesamt 20 Beiträge.

Nicht jeder Aufsatz reicht an das Niveau der besonders lesenswerten Texte von Steglich und Gerlach heran. Im Anhang dieser alles in allem lesenswerten Publikation befindet sich ein kleines „Who’s who“ der NPD.

Uwe Backes, Henrik Steglich (Hg.):
Die NPD. Erfolgsbedingungen einer
rechtsextremistischen Partei. Baden-
Baden: Nomos 2007, 426 Seiten

Zygmunt Bauman:

Flüchtige Moderne

Leben in der Flüchtigen Moderne

Zwei Bücher, rezensiert
von Christian Kaiser

Im Jahr 2003 erschien Zygmunt Baumans „Flüchtige Moderne“ als Übersetzung seines Werkes *Liquid Modernity* (2000). Mit diesem Buch beschreibt er metaphorisch die aktuelle flüchtige bzw. flüssige Form der Moderne, die er zur vorangegangenen festen bzw. schweren Moderne abgrenzt. War für letztere noch die auf Langfristigkeit ausgerichtete Industriegesellschaft symptomatisch, so ist für erstere die schnelllebige Konsumgesellschaft kennzeichnend. Analog unterscheidet Bauman im Hinblick auf die Entwicklung vom Fordismus zum Postfordismus und die ökonomische Globalisierung zwischen schwerem und leichtem Kapitalismus. Dass nach der Verflüssigung der Makrostrukturen (u.a. Politik, öffentlicher Raum) die Stabilität der Mikrostrukturen folgt, wird bereits im Vorwort konstatiert und im Verlauf des Buches in den Kapiteln über Emanzipation, Individualität, Zeit und Raum sowie Arbeit und Gemeinschaft verdeutlicht.

Die flüchtige Moderne ist eine individualisierte und vor allem privatisierte Form der Moderne, von der hier nur einzelne Merkmale hervorgehoben werden können. Zunächst ist der tiefe Abgrund zwischen Individuum *de jure* und Individuum *de facto* zu nennen, die eine tatsächliche Selbstbestimmung des Individuums ausschließt. Verschärft hat sich diese Trennung nach Baumans Vermutung mit dem Zerfall des öffentlichen Raumes, da heute das Private die öffentliche Sphäre kolonialisiert. Politik verkommt dabei zu einem Spektakel unter vielen. Die flüchtige Moderne ist zwar offen für Kritik, jedoch zugleich dagegen immun.

Bauman beschreibt sehr plausibel, dass in der flüchtigen Moderne viele Parameter des

Lebens individualisiert wurden, d.h. dereguliert und privatisiert. Ersteres impliziert die mittlerweile eingetretene Unübersichtlichkeit der Angebote, die das Leben „verbessern“; letztere bedeutet, dass diese Verbesserung nur noch individuell gedacht und bewertet wird. Hiermit korreliert, dass heute Identität wichtiger ist als gemeinsames Interesse und die Bedingungen für Solidarität und Kooperation schwinden, wie z.B. in der Arbeiterbewegung.

Wesentlich für die flüchtige Moderne ist die Konsumgesellschaft, an der die Individuen im Gegensatz zu früher in erster Linie als individualisierte Konsumenten partizipieren. Die hierfür typischen individuellen Kaufobsessionen erklärt Bauman u.a. als Flucht der Individuen vor ihrer Unbestimmtheit und ihrem Gefühl der Unsicherheit, was für die flüchtige Moderne bezeichnend ist. Aufschlussreich ist die Erkenntnis, dass sich das menschliche Leben in der flüchtigen Moderne durch Unklarheit auszeichnet und die Unsicherheit der sozialen Existenz die Wahrnehmung der Welt, einschließlich der zwischenmenschlichen Beziehungen, als Ansammlung von Konsumgütern begünstigt. Die zugrundeliegende Kultur bestimmt Bauman in Anlehnung an George Steiner auch als „Casino-Kultur“, in der die Triebbefriedigung unmittelbar auf das Bedürfnis folgt.

Außerdem schüren Unsicherheit und Ungewissheit Ängste, die nach persönlicher Sicherheit verlangen. So können Gemeinschaften entlang einer Wir-Sie-Dichotomie als Abwehrhaltung begriffen werden, wie beispielsweise in bewachten städtischen Enklaven. Die Abhandlung des Themas Gemeinschaft umfasst zudem einige kritische Kommentare zu Kommunitarismus, Nationalstaat und dem Unterschied zwischen Nationalismus und Patriotismus. Trotz des Bedeutungsverlustes von Regierungen und Staaten im Rahmen der Globalisierung zeigt sich am Kosovokonflikt, dass damit kein Ende völkermörderischer Tendenzen einhergeht. Die Gewalt war hier eine deregulierte Gewalt auf der Ebene der Gemeinschaft. Das Werk schließt mit allgemeinen, hilfreichen Hinweisen zum Verfassen von Texten und zur Soziologie. Bauman bekennt,

dass eine Soziologie, die sich nicht einlässt, unmöglich sei.

Das zweite Buch „Leben in der flüchtigen Moderne“ umfasst sechs Essays, die auf Vorlesungen am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien zurückgehen. Somit sind inhaltliche Überschneidungen mit „Flüchtige Moderne“ und anderen Werken sowie der Essays untereinander naheliegend.

Der Essay „Ist moralisches Handeln in der globalen Konsumgesellschaft möglich?“ stellt ethische Fragen zu Freiheit, Verantwortung, Gesellschaft, Moral und Vertrauen. Bauman greift wieder die Konsumgesellschaft auf, da in ihr das System normativer Regulierung demontiert wird. Schließlich untersucht er die Möglichkeiten einer wirksamen Reaktion auf die Globalisierung in Gestalt einer globalen politischen Arena. Wie u.a. schon in „Flüchtige Moderne“ behandelt er unter dem Titel „Kategorialer Mord oder: Das Erbe des 20. Jahrhunderts und wie wir es bewahren können“ das Thema Völkermord. Neben der idealtypischen kategorialen Unterscheidung von Völkermorden zwischen gesellschaftlich und gemeinschaftlich reflektiert er neben den daraus zu ziehenden Lehren über deren Bedeutung für flüchtige Moderne und Globalisierung.

Der Aufsatz „Mach' doch, was du willst! – oder: Individualität als Fetisch“ analysiert Selbstbestimmung und Glücksstreben in der flüchtigen Moderne und der Konsumgesellschaft. Wurde individuelles Glück in der soliden Moderne noch mit der Qualität des Gemeinwesens verknüpft, so wird es jetzt über Sicherheit, Chancengleichheit und Vernetzung vermittelt. Nach kritischen Bemerkungen zu den Bedingungen der flüchtigen Moderne, insbesondere im Verhältnis von Arbeit und Kapital, argumentiert Bauman für einen Sozialstaat nach skandinavischem Vorbild. Im Essay „Schneller leben: Lernen und Vergessen in der Flüchtigen Moderne“ expliziert Bauman die inhärenten Machtverhältnisse und -strategien und weitet die Kritik an der Konsumgesellschaft u.a. auf deren ökonomische Dimension aus. Die flüchtige Moderne beschreibt er als eine Kultur des Überschusses, der Redundanz, des Mülls und der Müllhalden, an anderer Stelle auch als

eine Kultur der Auflösung, der Diskontinuität und des Vergessens. Schließlich kommentiert er das von der EU aufgegriffene Ziel des „lebenslangen Lernens“, dem er im Ganzen einen sehr hohen Stellenwert für die individuelle Entscheidungsfindung beimisst.

Der Essay „Vom Regen in die Traufe: Die Kunst zwischen Markt und Verwaltung“ thematisiert neben der Bedeutung von Schönheit und Perfektion in der Entwicklung der Moderne den Bereich Kunst und Kultur, speziell das Verhältnis zwischen Managern und Künstlern. Mit der Frage „Wie können europäische Ideen wieder globale Geltung erlangen?“ wendet er sich dem Stellenwert Europas in der gegenwärtigen Weltlage im „Krieg gegen den Terror“ sowie deren innenpolitischen Folgen für die Bewohner der westlichen Welt zu. Es werden kooperative Lösungsvorschläge aufgezeigt, die sich aus der Geschichte und der Entwicklung Europas ableiten. Insgesamt liegt auch diesem Werk eine Soziologie zugrunde, die sich einlässt.

Die Werke ergänzen sich sehr gut. Während das erste stärker soziologisch verfasst ist, präzisiert das zweite die Darstellung dieser Form der Moderne und der Konsumgesellschaft. Die philosophischen Ausführungen und die Einbeziehung der aktuellen Weltlage im zweiten Buch runden die Darstellung der flüchtigen Moderne ab. Allgemein ist es m.E. sinnvoll und hilfreich, die Entwicklung der Moderne als eine Entwicklung von der festen zur flüchtigen Moderne zu umschreiben, weil damit aktuelle Entwicklungen sehr gut erfasst werden. Bezeichnend ist ihre individualisierte und privatisierte Ausrichtung, die düstere Aussichten für zukünftiges solidarischen Handeln nahelegt.

Zygmunt Bauman: Flüchtige Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003, 260 Seiten

Zygmunt Bauman: Leben in der Flüchtigen Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007, 287 Seiten

Ehrhart Neubert,
Thomas Auerbach:

**„Es kann anders werden“
Opposition und Widerstand in
Thüringen 1945–1989**

Rezensiert von Heinz Mestrup

Die Aufarbeitung der Geschichte von Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur bildete und bildet neben bzw. in Verbindung mit Untersuchungen zum Hauptakteur auf der „Gegenseite“, dem Ministerium für Staatssicherheit als „Schild und Schwert der Partei“, ein zentrales Forschungsfeld. Im Mittelpunkt des Interesses von Wissenschaft und Öffentlichkeit stand sie ganz besonders in den Jahren unmittelbar nach dem politischen Umbruch 1989 in der DDR. In den letzten Jahren ist trotz zwischenzeitlich heftiger Kontroversen eine gewisse Versachlichung bei der Untersuchung und Darstellung der genannten Thematik zu beobachten. Gesellschaft und Funktionsweise der DDR ließen sich nur unzureichend verstehen – dies ist im Jahr 2006 in den Empfehlungen der sogenannten „Sabrow-Kommission“ sowie den anschließend geführten Diskussionen sehr deutlich geworden¹ –, würden sie lediglich auf eine Perspektive von Repression und Widerstand verengt werden. Künftige Forschungen zu Opposition und Widerstand haben diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen.² Der DDR-Bürger sollte trotz bewegender Einzelschicksale nicht in erster Linie in der Rolle des Opfers einer Diktatur betrachtet, sondern auch in seinen alltagsgeschichtlichen, gesellschaftlichen Bezügen dargestellt werden.

Ehrhart Neubert und Thomas Auerbach vermitteln dagegen die „eher klassische“, ereignisorientierte Sicht einer Oppositionsgeschichtsschreibung. Sie unternehmen den Versuch, für die Ebene unterhalb des Gesamtstaates eine umfassende Studie zu „Opposition und Widerstand“ vorzulegen – auf der Grundlage insbesondere einer Vielzahl

regional- und lokalgeschichtlicher Einzelstudien und Erinnerungsberichte, die aus vielfältigen Forschungsaktivitäten und dem Engagement von betroffenen Einzelpersonen, Vereinen und Opferverbänden hervorgegangen sind. Darüber hinaus beziehen sich die Autoren zuweilen auch direkt auf Archivunterlagen.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich, dem biografischen Hintergrund der Autoren entsprechend, besonders auf die Ära Honecker, einschließlich des politischen Umbruchs im Herbst 1989. Die Hälfte des Umfangs der Studie widmet sich gar den 1980er Jahren. Der Aufbau folgt der chronologischen Abfolge von Ereignissen und Vorgängen; es findet sich eine Fülle von Beispielen nonkonformen, unangepassten Verhaltens. Vielfältige Formen einer Abwehr- und Protesthaltung gegenüber dem herrschenden System werden aneinandergereiht: Das Spektrum reicht von Steinewerfern auf das Schaufenster eines Delikatladens (100) bis hin zu politisch motivierten, regimekritischen Aktionen und offenem Widerstand. Eine Wertung und Gewichtung unterschiedlicher Motivlagen im Protestverhalten, beispielsweise die Unzufriedenheit über politische Missstände wie mangelnde Meinungs- und Reisefreiheit oder Kritik an der angespannten Situation in Wirtschaft und Versorgung, steht freilich aus. Außerdem: Woran lässt sich der Grad nonkonformen Verhaltens messen? Allein an der offiziellen Einschätzung durch die SED und ihre Sicherheitsapparate, an der Härte repressiver Maßnahmen? Es fehlen sowohl eine thematische Einführung als auch ein systematischer, kategorisierender Zugriff (vgl. 14). Die Autoren, beide ausgewiesene Kenner der Materie³, wählten dagegen bewusst einen streng chronologischen Aufbau. Wichtig war ihnen die Einordnung in die zeitlichen Zusammenhänge in Verbindung mit der akribischen Sammlung von Personen und Ortsnamen. Sie erzählen Geschichte in klassischer Weise als Handlung von Personen in räumlichen und zeitlichen Bezügen und räumen ein, dass aufgrund der Materialfülle ihre Darstellung der Ereignisse nicht vollständig sein kann (15). Insofern sind Teile des Buches als eine Art Zwischenbilanz zu lesen und sollten den Anstoß zu weiteren Forschungen geben. Die chronologische Aus-

richtung erfolgte nicht zuletzt im Hinblick auf eine bessere Lesbarkeit und den damit zusammenhängenden Wunsch, größere Leserkreise zu erreichen. Diesem Umstand ist wohl auch die insgesamt recht dürftige Verwendung von Belegen geschuldet.

Den räumlichen Bezug bildet das Land Thüringen. Auf der Basis kultureller Vielfalt habe sich eine besondere thüringische Identität ausgebildet, wobei die „dunkle Seite“ der Geschichte (NS-Herrschaft, Buchenwald, Verbrechen des Kommunismus) nicht ausgeblendet werden dürfe: Die Autoren schreiben über den „historischen und mentalen Raum Thüringen“ (252). Sie betreiben demnach, und damit liegen sie im Forschungstrend, bewusst Landesgeschichtsforschung. Auf dem Gebiet des Landes Thüringen, das *de iure* weiterhin Bestand gehabt habe, existierten von 1952 bis 1990 die drei Bezirke Erfurt, Gera und Suhl; letztere hätten eher den Charakter von künstlichen Gebilden gehabt und für die Bevölkerung keineswegs identitätsstiftend gewirkt. Sehr bezeichnend bei dem Bestreben, die Bedeutung der Bezirke abzuwerten, ist die Verwendung des Begriffs „Verwaltungsbezirke“. Denn trotz des rechtlichen Fortbestandes des Landes Thüringen hatten die Bezirke entschieden größere Bedeutung als die Funktion reiner Verwaltungsgliederungen, dienten sie doch maßgeblich der strafferen Umsetzung von zentralen Beschlüssen in der Region und damit der Machtsicherung.

Die Autoren ordnen ihre Darstellung von Widerstand und Opposition in größere Zusammenhänge ein: Die Geschehnisse in Thüringen, der „westlichste[n] Provinz des sowjetischen Großreiches“ (10) mit einer langen Grenze zum westdeutschen Klassengegner bzw. dem westlichen Bündnisystem, werden begriffen als „Komplementärgeschichte zur Herrschaftsgeschichte des sowjetischen Kommunismus“ (9) und stehen in engstem Zusammenhang mit der Entwicklung „vom Aufstieg zum Verfall des Kommunismus“ insgesamt (10). Das Land Thüringen ist demnach ein regionales Beispiel für übergeordnete Prozesse und Entwicklungen, weist aber auch einige Besonderheiten auf (ausgeprägte katholische Mentalität der Bewohner des Eichsfeldes,

besondere Stellung der evangelischen Kirche, kleingliedrige, differenzierte Industriestruktur, mutige Bauernschaft u.a.).

Darüber hinaus vertreten die Autoren mit großer Leidenschaft ihr Anliegen, „Thüringer Freiheitsgeschichte [zu] dokumentieren“ (14), eine „Geschichte der Freiheit“ (13) zu erzählen, die in Thüringen „trotz des langen Weges der Thüringer zu einem demokratischen Freistaat“ auf eine längere Tradition zurückblicken könne (ebd.).

Die Revolution von 1989/90 wird als eine Art „krönender Abschluss“ der Oppositions- und Widerstandsgeschichte in der DDR gewertet. Die von den Autoren beschriebenen Geschehnisse der Jahre 1945 bis 1989 gelten als „Vorgeschichte der Revolution“ von 1989 (254). Mit dem Umbruch des Herbstes 1989 bzw. der Gründung des Freistaates sei Thüringen „in der europäischen Freiheitstradition angekommen“ (ebd.). Eine solche erklärende und verkürzte Sichtweise soll den Eindruck vermitteln, mit dem Freistaat Thüringen sei durch die Ahnen quasi ein Gebilde geschaffen worden, für das Väter und Vorväter gekämpft hätten.

Es ist auffällig, dass die Autoren Opposition, Widerstand bzw. nonkonformes Verhalten im Allgemeinen in der „normalen“ Bevölkerung suchen; der Blick auf entsprechende Erscheinungen auf der „Gegenseite“ (SED, MfS, „Blockparteien“) bleibt indes insgesamt zu blass. Andersdenkende, die ihren Unmut auch öffentlich artikulierten, hat es beispielsweise auch innerhalb der SED gegeben, nicht nur zu einigen markanten Zeiten wie in den Jahren 1953, 1956 und 1989. Schließlich verfügte die SED mit den Parteikontrollkommissionen über ein eigenes Kontrollorgan gegenüber ihren Mitgliedern und Kandidaten, die nicht zuletzt durch die „Parteisäuberungen“ bzw. großangelegte Umtauschaktionen der Mitgliedsbücher und Kandidatenkarten in Verbindung mit der Führung „persönlicher Gespräche“ diszipliniert werden sollten; die letzte dieser Aktionen fand noch im Herbst 1989 statt. Das Unruhepotenzial verstärkte sich in den 1970er und insbesondere 1980er Jahren auch unter den Parteimitgliedern deutlich. Die Politik der Annäherung an die Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der Ära Honecker bei gleichzeitiger politisch-ideo-

logischer Abgrenzung wurde von zahlreichen Parteimitgliedern nicht wirklich verstanden und rief auch Proteste hervor. Der Aspekt innerparteilicher Auseinandersetzungen wird von den Autoren kaum untersucht. Allenfalls finden sich mitunter vage Hinweise auf den Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ (20-23, 43, 80f.), auf innerparteiliche Reaktionen auf den XX. Parteitag der KPdSU (1956; 76f.) und im Umfeld des „Sputnik“-Verbotes 1988 (194, 196) sowie im Herbst 1989 (205f., 234); auch der Widerstand bei Vertretern von CDU und LDPD, insbesondere an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, bis zum Beginn der Bezirksgründung (23-29, 31f., 37-43) und im Herbst 1989 (214f.) wird thematisiert. Sehr ausführlich wird die häufig ambivalente Politik der evangelischen Kirchenleitung beschrieben.

Das erzieherische, identitätsstiftende Anliegen des Buches im Hinblick auf eine größere Leserschaft ist deutlich greifbar und wird von den Autoren betont. Sie erzählen nicht einfach Geschichte, sondern wollen ein Geschichtsbild vermitteln. Sie erhoffen sich von ihrer Studie, auf der Grundlage einer mentalen thüringischen Identität und des Stolzes auf das historisch Gewachsene einen „kleinen Beitrag für die Ausbildung einer politischen Identität Thüringens“ zu leisten. Die Autoren wollen das Land als „einen gemeinsamen politischen Handlungsraum seiner Bewohner“ beschreiben (14f.) und zugleich mit ihrer Arbeit dazu anregen, die politische Heimatgeschichtsforschung in den einzelnen Regionen voranzutreiben (15).

Das Verdienst der Arbeit von Neubert und Auerbach liegt in der Sammlung und Bearbeitung einer außerordentlichen Informationsfülle insbesondere aus der inzwischen vorhandenen Sekundärliteratur, in der Einordnung dieses Materials in einen größeren regionalen Kontext und einen weit gefassten zeitlichen Rahmen, von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Ende der DDR.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Martin Sabrow, Rainer Eckert, Monika Flacke u.a. (Hg.): *Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte*. Bearbeitet von Irmgard Zündorf, Sebastian Richter, Kai Gregor. Göttingen 2007.
- 2 Vgl. Bernd Florath, Bernd Gehrke, Renate Hürtgen u.a.: *Perspektiven künftiger Oppositionsforschung – ein Beitrag zur Diskussion*. In: *Deutschland Archiv*, 40 (2007) 2, 301-306.
- 3 Vgl. u.a. das Standardwerk: Ehrhart Neubert: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*. Berlin 2000.

Ehrhart Neubert, Thomas Auerbach: „Es kann anders werden“. *Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989 (Europäische Diktaturen und ihre Überwindung. Schriften der Stiftung Ettersberg, 3)*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag 2005, 296 Seiten

Birgit Dahlke:

Jünglinge der Moderne Jugendkult und Männlichkeit in der Literatur um 1900

Annotiert von Magnus Brechtken

Als Wilhelm II. im Dreikaiserjahr 1888 mit jugendlichen 29 Jahren den preußisch-deutschen Thron bestieg, projizierten Millionen Deutsche auf ihn drängende Erwartungen eines frischen Aufbruchs. Der junge Kaiser stand für einen als überfällig empfundenen Generationenwechsel. Auf der politischen Bühne, die der 73-jährige Bismarck seit 26 Jahren als preußischer Ministerpräsident und seit 17 Jahren als Reichskanzler dominierte, wirkte der jugendliche Kaiser wie ein Versprechen energischen Wandels angesichts all der dominierenden alten Männer, die, wie zu allen Zeiten, von der Macht nicht lassen mochten. Bismarcks Entlassung zwei Jahre später nahmen die meisten Zeitgenossen mit entsprechender Erleichterung auf – obwohl viele von denen, die 1890 aufatmeten, ihre Genugtuung später im Lichte rückschauender Verklärung nicht mehr wahrhaben mochten.

Birgit Dahlke folgt mithin einer überzeugenden Logik, wenn sie ihre Studie über Jugendkult und Männlichkeit dieser Jahrzehnte mit einer Interpretation der zeitgenössischen Wahrnehmung Wilhelms II. beginnt. In der betonten „Jugendlichkeit des Herrschers“ sieht sie „nicht zuletzt die Funktion, den Widerspruch zwischen der historisch überholten feudalen Repräsentation des Kaisertums und den gewaltigen kapitalistischen Modernisierungsvorgängen zu verdecken“ (248). Der junge Kaiser steht demnach für viele Zeichen der Zeit. Gerade weil „adoleszente Größenphantasien und Aufbruchspathos der Moderne [...] selbstsam unvermittelt neben Krisenempfindungen, Zukunftsängsten und Orientierungsschwierig-

keiten“ stehen, so Dahlke, untersucht sie den „Jugenddiskurs des Fin de Siècle“ in seinem „Spannungsverhältnis zwischen Erwartung und Krisenbewusstsein“ (8). Sie arbeitet dazu mit den Mitteln der „literarischen Anthropologie“ (13) und untersucht „Jugend und Männlichkeit unter Rückgriff auf das Instrumentarium der Diskursanalyse“, wobei sie Literatur als „Interdiskurs“ (15) betrachtet. Auf der „geschlechtertheoretischen Ebene“ rekurriert Dahlke auf Erkenntnisse und Methoden der „Männlichkeitsforschung“, die sich seit den 1970er Jahren parallel zur Genderforschung entwickelte.

Dahlke porträtiert und interpretiert hierfür ein denkbar breites Spektrum von Texten: von Thomas Manns „Königliche Hoheit“ über Stanley Halls „Adolescence“, von der Adoleszenz als „Stiefkind der Psychoanalyse“ bei Freud und seinen Jüngern bis zu Ellen Keys „Jahrhundert des Kindes“, von Hermann Hesse über Frank Wedekind, Stefan George, Rudolf Borchardt und Hugo von Hofmannsthal bis zur Analyse von „Jugend in Arbeiterlebenserinnerungen“, von Otto Weininger über den Wandervogel bis zu Rilke, Georg Simmel, Fridtjof Nansen und Walter Benjamin. Diese keineswegs vollständige Aufzählung der von Dahlke aufgenommenen und reflektierten Autoren und Texte mag die Differenziertheit belegen, mit der sie die zeitgenössische Stimmenvielfalt präsentiert. Jugend, so Dahlkes Resümee, erfuhre eine „Aufwertung gegenüber dem Alter“ und wurde „zur Signatur der kommenden Epoche“ (248).

In der Neu-Konzeption von Jugend spiegelt sich in dieser Perspektive das Bemühen einer zeitgenössischen „Krisenbewältigungsstrategie“. Das „Symbol „Jugend“ konnte an tradierte Jugendmythen anknüpfen, konnte sie erweitern und, durch Absorption des neu aufgekommenen Begriffs „Adoleszenz“, einen Diskursraum öffnen, in dem „Vorstellungen vom Ende und vom Neuanfang“ zugleich krisenhaft und kreativ kommunizierten. „Neue Diskursfiguren wie der müde Jüngling, der Hysteriker, der Neurastheniker, der Weichling oder der Träumer, aber auch die Neuauflage älterer Diskursfiguren wie der des Kriegers und Abenteurers signalisierten“, so Dahlkes Fazit,

„den Beginn einer Krise des traditionellen Konzepts hegemonialer Männlichkeit, deren Auswirkungen bis in die Gegenwart hinein spürbar sind“ (249).

Birgit Dahlke: Jünglinge der Moderne.
Jugendkult und Männlichkeit in der
Literatur um 1900. Köln: Böhlau 2006,
273 Seiten

Berliner Debatte Initial 19 (2008) 5

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© GSFP – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH. Herausgegeben im Auftrag des Vereins Berliner Debatte INITIAL e.V., Präsident Peter Ruben. *Berliner Debatte Initial* erscheint alle zwei Monate.

Redaktion: Harald Bluhm, Ulrich Busch, Erhard Crome, Birgit Glock, Wolf-Dietrich Junghanns, Cathleen Kantner, Rainer Land, Thomas Müller, Ingrid Oswald, Udo Tietz, Andreas Willisch, Rudolf Woderich

Lektorat: Gudrun Richter

Redaktionelle Mitarbeit: Karsten Malowitz, Dag Tanneberg

Verantwortlicher Redakteur: Jan Wielgoths
Verantwortlich für dieses Heft (V.i.S.P.):
Erhard Crome

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de

Internet: www.berlinerdebatte.de

Preise: Einzelheft 10 €, Doppelheft 20 €
Einzelhefte werden per Post mit Rechnung verschickt.

Abonnement: Jahresabo ab 2008: 39 €
Ausland zuzüglich Porto. Studenten, Rentner und Arbeitslose 22 €, Nachweis beilegen. Ermäßigte Abos bitte nur direkt bei *Berliner Debatte Initial* per Post oder per Fax bestellen. Das Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen Einzelhefte, Abos und pdf-Dateien per Mail an:

leidenschaften@berlinerdebatte.de

Tel.: +49-39931-54726, **Fax** ...-54727

Post: PF 58 02 54, 10412 Berlin

Anschrift: GSFP mbH
c/o Thünen-Institut, Dudel 1,
17207 Bollewick

Autorenverzeichnis

Frank Adler, Dr.
Soziologe, Chorin

Ralf Altenhof, Dr.
Politikwissenschaftler, Freiberg

Magnus Brechtken, PD Dr. habil.
Historiker, Ass. Prof., Nottingham

Christian Bühler, Dipl.-Pol.
Politikwissenschaftler, Frankfurt (Oder)

Christian Kaiser, Dr.
Soziologe, Hannover

Raj Kollmorgen, Dr.
Soziologe, Magdeburg

Manfred Lauermann, Dr. phil.
Philosoph, Privatgelehrter, Hannover

Oliver W. Lembcke, Dr.
Rechtswissenschaftler, Jena

Heinz Mestrup, Dr.
Historiker, Jena

Hans-J. Misselwitz, Dr.
Biologe und Theologe, Berlin

Hilke Rebenstorf, Dr. habil.
Soziologin, Hildesheim und Haifa

Peter Ruben, Prof. em. Dr.
Präsident des *Berliner Debatte Initial e.V.*

Rudi Schmidt, Prof. em. Dr.
Soziologe, Jena

Steffen Sigmund, Dr.
Soziologe, Heidelberg

Rainer Totzke, Dr.
Philosoph, Berlin

Richard Utz, Prof. Dr. phil.
Soziologe, Mannheim

Florian Weber,
Rechtswissenschaftler, Berlin

Margret Xyländer, Dipl.-Soz.
Soziologin, Eichstätt-Ingolstadt

Ausdrucken oder kopieren, ausfüllen, falten und als Postkarte abschicken!

Berliner Debatte Initial Bestellung:

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte INITIAL ab Heft

- Das Abonnement soll für ein Jahr befristet werden.
- Das Abonnement soll gelten, bis ich es abbestelle. Abbestellung jederzeit.
- Abonnement 39 Euro (Ausland zuzüglich 6 Euro Porto).
- Ermäßigt 22 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose, Wehr- und Zivildienstleistende)
Nachweis bitte beilegen.

Vorname, Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Telefon:

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

- Jahresrechnung
- Bargeldlos: halbjährliche Abbuchung. Bankinstitut:
Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) bei der Bestell-
adresse schriftlich widerrufen kann.

Datum:

Unterschrift:

Name:

Straße und Nr.

PLZ, Ort:

Abonnement erworben von:

Antwortkarte

Bitte
frankieren

Berliner Debatte
Initial

PF 58 02 54

10412 Berlin

www.berlinerdebatte.de

Bestellungen: leidenschaften@berlinerdebatte.de